

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



3 / 2013

Lebendige Demokratie lernen



Politische Bildung mit der Kamera: Workshop-Teilnehmer beim Drehen eines Video-Spots

Aktiv werden, Engagement zeigen, Verantwortung tragen: Der Bundeswettbewerb „Demokratisch Handeln“ zeichnet Schüler aus, die Verantwortungsbewusstsein zeigen. Die besten Projektgruppen waren bei der „Lernstatt Demokratie“ in der Akademie zu Gast.

Die Schule nimmt beim Demokratie lernen eine Schlüsselrolle ein: Sie kann Jugendlichen vermitteln, was lebendige Demokratie bedeutet. Das unterstützt das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“. Bei dem bundesweiten Wettbewerb hatten sich 235 Gruppen beworben. Die 53 besten Projekte erhielten eine Einladung zur „Lernstatt Demokratie“ in unserer Akademie.

Siehe Seite 3-6

Politik und Medien im Hamsterrad

Digitalisierung der Medien und der Politik – mehrere Veranstaltungen der Akademie kreisten in den vergangenen Wochen um dieses Thema. Einerseits wurden die Chancen und Möglichkeiten des digitalen Lernens und der Nutzung neuer Medien in der politischen Bildung aufgezeigt und diskutiert. Andererseits wurde die Rolle sozialer Netzwerke bei der Nachrichtengebung untersucht. Ihr Einfluss auf die sich rasant wandelnde Landschaft der politischen Kommunikation war Thema einer Tagung in Berlin mit Besuchen in Hauptstadtreaktionen und Parteizentralen.

Siehe Seite 7-12



Hildegard Hamm-Brücher (Mitte) lobte bei der Verleihung des nach ihr benannten Förderpreises das Engagement der Schülerinnen und Schüler für Integration und Verantwortungsbewusstsein – hier die „Heroes“ aus Berlin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
In der Lernstatt lebendige Demokratie lernen	3
Politik und Medien im Hamsterrad	7
Distanz wahren und Transparenz schaffen	10
Digitale Medien in der politischen Bildung	12
Umbrüche in der Hörfunklandschaft	13
Mit Pionieren des Wandels die Transformation schaffen	16
Realitäten und Visionen	19
Strategiemix bei der europäischen Sicherheitspolitik	22
Welches Europa soll es sein?	23
Das Auswärtige Amt unter der Nazi-Herrschaft	24
Neue GEDOK-Ausstellung in der Akademie	26
Sommerlich feste feiern	26
Förderung für einen politischen Drehbuchautor	27
Von Öko profitieren	28
Kybernetikon – ein medienpädagogisches Experiment	29
Engagierter Streiter für die politische Bildung	30
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	31
Pressespiegel	32
Themen – Tagungen – Termine	34
Namen und Nachrichten	40

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula **Münch**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, Dozentin (beurlaubt)
Internationale Politik

Dr. Ondrej **Kalina**
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Mayer**
Zeitgeschichte

Dr. Anja **Opitz**
Internationale Politik

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg **Siegmund** M.A.
Pers. Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Sebastian Haas (beurlaubt)

Miriam Zerbel (kommissarisch)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.)
Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Satz & Druck Peter Molnar
Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

In der Lernstatt lebendige Demokratie lernen

Hildegard-Hamm-Brücher-Preis geht an Heroes aus Berlin

Aktiv werden, Engagement zeigen, Verantwortung tragen: Der Bundeswettbewerb „Demokratisch Handeln“ zeichnet Schüler aus, die Verantwortungsbewusstsein zeigen. Die besten Projektgruppen waren bei der „Lernstatt Demokratie“ in der Akademie zu Gast.

Die Demokratie ist eine Hülle, die mit Leben gefüllt werden muss. Von Menschen, die sich engagieren, austauschen und mitgestalten. Die Schule nimmt hier eine Schlüsselrolle ein:

Lernstatt Demokratie heißt dieses Treffen. Hier können die Schüler gemeinsam über ihre Projekte diskutieren und sich gegenseitig Anregungen für die weitere Entwicklung ihrer Initiative



Hildegard Hamm-Brücher und Ursula Münch eröffneten die Lernstatt Demokratie
Fotos: Zerbel /Wagner

Denn sie kann schon Jugendlichen vermitteln, was lebendige Demokratie bedeutet. Das unterstützt das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“.

geben. Schon bei ihrer Ankunft lernen die Schüler eine Persönlichkeit kennen, die ihr Leben der Stärkung der Demokratie gewidmet hat: Hilde-

Bei dem bundesweiten Wettbewerb können sich Schülergruppen bewerben, die sich in ihrem Projekt mit Geschichte, der Kommune, dem Schulleben, der Umwelt oder mit der besseren

Integration von Minderheiten auseinandergesetzt haben. 235 Projektgruppen haben sich dieses Jahr beworben. Die 53 besten Einsendungen erhielten eine Einladung zu einer Arbeitstagung in unserer Akademie.

„Die Projekte werden immer interessanter und politischer“

Hildegard Hamm-Brücher

gard Hamm-Brücher. Als Vorstandsmitglied im Förderprogramm begleitete die „Grande Dame“ des Liberalismus den Wettbewerb seit seiner Gründung im Jahr 1990. Von Eintönigkeit oder Langeweile trotzdem keine Spur: „Die

Projekte der Schüler werden immer interessanter und politischer. Und die Schüler immer netter“, fand sie.

Akademiedirektorin Ursula Münch begrüßte die über 150 Schüler und lobte ihr Engagement: „Demokratie ist nicht selbstverständlich, sondern etwas, für das sich jeder einsetzen muss.“

Unterricht gegen rechts

Die Schüler präsentierten ihre Projekte. Im Bereich „Zusammenleben, Gewalt und Umgang mit Minderheiten“ stieß zum Beispiel das Projekt des Münchner Schülers Ozan Aykac auf besonderes Interesse: Der 16-Jährige entwickelte in seiner Freizeit ein Kon-



Ozan Aykac hat ein Unterrichtsprojekt gegen Rechtsextremismus entwickelt

zept, wie man das Problem Rechtsextremismus besser im Unterricht aufgreifen könnte. Der Grund für sein Engagement: Der Schüler möchte klar machen, wie aktuell Rechtsextremismus in der Gesellschaft ist. Dieser Schwerpunkt fehlt ihm bisher im Lehrplan: „Als Schüler könnte man den Eindruck bekommen, dass Rechtsextremismus zur Geschichte gehört und seit 60 Jahren vorbei ist“, erklärt Ozan sein Engagement. Das stößt auf Interesse. Schon an zehn Münchner Schulen hat er die von ihm ausgear-



beiteten Stunden über rechte Organisationen, Musik und Parteien gehalten. Dafür kann Ozan nun neben dem Erfolg bei „Demokratisch Handeln“ auch den ersten Platz bei einem Schülerwettbewerb des Bundesjustizministeriums verbuchen.

Nachrichten in Gebärdensprache

Wie unterschiedlich die eingereichten Projekte sind, zeigt der Beitrag der Elbschule Hamburg: Die gehörlosen Kinder der sechsten und siebten Klasse haben in Zusammenarbeit mit dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) Nachrichten in Gebärdensprache produziert. Schon bei 35 Sendungen der wöchentlichen „Kindernachrichten“ haben die tauben oder stark schwerhörigen Kinder als junge Moderatoren mitgewirkt. Zusammen mit einer Dolmetscherin für Gebärdensprache übersetzen die Schüler die aktuellen Nachrichtentexte. Ihr Ziel: Auch andere Kinder mit Hörproblemen sollen sich über politische und gesellschaftlich relevante Themen informieren können.

Schülerhilfe für Sambia

Am Goethe-Gymnasium in Nauen setzen sich Schüler für den Bau eines Kinderdorfs für AIDS-Waisen in Sambia ein. Um ihr Projekt voranzutreiben und andere Schüler auf das Thema aufmerksam zu machen, entwickelte eine Ar-

beitsgruppe Unterrichtsmaterialien für jüngere Schulklassen zum Thema Sambia, organisierte einen Spendenlauf, veranstaltete eine Projektwoche zum Thema „Sambia“ und suchte sich Unterstützer außerhalb der Schule, wie zum Beispiel den sambischen Botschafter in Berlin. Der Höhepunkt des Projekts war die Reise im Mai 2012 nach Sambia, wo sich die Schüler vor Ort über die Gegebenheiten, Probleme und Lebensbedingungen der Kinder in Sambia informieren konnten. Bald soll mit dem Bau einer Schule in dem Kinderdorf begonnen werden.

Gutes Lernen in gesunden Räumen

Im Bereich Schulleben zeigte das Projekt der Realschule Welmerskirchen, was Engagement für die Mitschüler bedeutet: Weil in den Wänden ihrer Schule schädliches PCB verarbeitet wurde und trotz Umbaumaßnahmen immer wieder erhöhte Werte festgestellt wurden, setzte sich die Schülervertretung für einen Auszug aus dem kontaminierten Gebäude ein. Mit Nachdruck: Die Schüler veranstalteten einen Flashmob, kontaktierten regionale Politiker, richteten eine Facebook-Seite ein und schrieben sogar einen Brief an die Schulministerin. Der anhaltende Einsatz der Schüler zeigte Wirkung: Mittlerweile hat der Stadtrat einstimmig den Umzug der Realschule in ein Schuldorf beschlos-

sen. Das Motto der Schüler „Gutes Lernen in gesunden Räumen“ kann also bald verwirklicht werden.

Für ein Training der Lachmuskeln sorgte das Kabarett Storno. Mit seinem Programm „Die Sonderinventur – Abrechnung zur Lage der Nation“ machte das Trio aus Münster klar: „Es weiß zwar keiner mehr wohin der Dampfer fährt, aber dafür haben wir jetzt ja die Piraten an Bord und sind klar zum Entern.“

Sägen und schauspielern

Die Arbeit in ganztägigen Workshops ist ein Schwerpunkt der Lernstatt. 12 verschiedene Angebote gab es heuer, vom Erstellen eines Videoclips über Peer Education mit den Heroes bis zum gemeinsamen Bau eines Floßes. Je nach Interesse können sich Schülerinnen und Schüler anmelden. Dass sie sich zuvor nicht kennen, ist gewollt und Teil des Projekts. Pädagogen, Journalisten, Lehrer, Medienfachleute leiten je nach Thema die Workshops und inspirieren die Teilnehmer. Und doch: „Wenn die Schülerinnen und Schüler keinen Bock hätten mitzumachen, dann würde hier gar nichts passieren“, bringt es einer der Leiter auf den Punkt. Das ist nicht der Fall. Die Teilnehmer sind mit Begeisterung bei der Sache, ganz gleich ob sie sägen und hämmern müssen, eine ruhige Hand beweisen, ihre künstlerischen und rhetorischen Fähigkeiten unter Beweis stellen oder sich in die Person versetzen, die sie im Rollenspiel oder Improvisationstheater darstellen.

Demokratie mit der Kamera

Was hat der Goldene Schnitt mit der „Five-Shot-Regel“ zu tun? Alle, die sich mit „Demokratie und Video“ beschäftigt haben, wissen das – und haben es beherzigt, wie ihr Videoclip auf der Abschlusspräsentation beweist. Somit hat sich die graue Theorie gelohnt, mit der Workshop-Leiter Tobias Henkenhof sein Team zunächst traktierte. „Das Auge macht keine To-taleinstellung, sondern nur Nahein-



Entspannte Pause im Park zwischen den Workshops



stellung. Das machen wir mit der Kamera auch, so oft es eben geht“, erklärt der Fernsehprofi seinen Schülern. Von der Idee zum fertigen Film an einem Tag ist ein ambitioniertes Ziel. So hieß es für die angehenden Kamerateure erst einmal: pauken. Over-shoulder, Halbtotale, Wasserschlüsselhaltung oder „Vordergrund macht Bild gesund“. Dann aber war die Devise „ran ans Gerät“. Mit zwei professionellen Videokameras und einem selbstverfassten Drehbuch stand dem Clip zu „Demokratie mit der Kamera“ nichts mehr im Wege. Bild- und Tonspur bearbeiten, schneiden, dabei die Perspektivwechsel beachten, passende Musik auswählen und ebenfalls schneiden. Eigentlich passt das für Anfänger gar nicht in einen einzigen Tag. Manchmal geht es aber doch.

Anti-Diskriminierung

In der Arbeitsgruppe zum Antiziganismus beschäftigten sich die Schüler mit der Diskriminierung von Sinti und Roma. Zum Einstieg wurden bei einem Quiz bestehende Vorurteile angesprochen, die mit Fakten konfrontiert wurden: So lernten die Schüler zum Beispiel, dass 95 Prozent aller Sinti und Roma über einen festen Wohnsitz verfügen. Am Nachmittag stand dann Erfahrung statt Wissen im Mittelpunkt. Mit Hilfe verschiedener Rollenspiele versuchten die Jugendlichen, sich in die Lage von Ausgegrenzten hineinzuversetzen. Am Ende stand die Erkenntnis, dass niemand frei von Vorurteilen ist und es diese abzubauen gilt. Blieb nur noch die Frage der Schüler: „Warum macht man so etwas nicht in der Schule?“

Populisten als Wahlsieger

Ein weiterer Workshop der Lernstatt Demokratie stand unter dem Motto „Wahlen, wählen und beteiligen: Wie wählerisch bist du?“ Zunächst ging es auch hier um die Theorie: Am Vormittag lernten die Schüler das deutsche Wahlsystem kennen, nachmittags star-

tete dann die politische Praxis: Die Workshop-Teilnehmer gründeten eigene Parteien und tüftelten ein Wahlprogramm aus. Dann folgte das, was auch aktuell die Politiker in Bayern und im Bund beschäftigt: Wahlkampf. Wahlplakate und Werbespots entwerfen, einen Spitzenkandidaten oder eine Spitzenkandidatin nominieren, Reden



Immer der richtige Dreh in der Videowerkstatt

verfassen. Mit Informationsständen informierten die Parteien über ihre Ziele: Dabei standen Themen wie die Abschaffung der Studiengebühren, die doppelte Staatsbürgerschaft oder auch der Umweltschutz im Vordergrund.

Am Ende wurde in geheimer Wahl der Sieger ermittelt: Mit Sprüchen wie „Freie Bildung für alle“ und „Wir stehen hinter den Familien“, errang die Populistische Partei Deutschlands (PPD) die meisten Wählerstimmen.

Handeln bewegt etwas

Einer der Höhepunkte in der Lernstatt Demokratie ist die Verleihung des „Förderpreises für Demokratie lernen und erfahren“. Ein Anliegen, dem sich die ehemalige Staatsministerin und FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher verschrieben hat. Deshalb hat sie den Förderpreis gestiftet, der heuer bereits zum vierten Mal verliehen wurde. Das Thema in diesem Jahr: „Integration als

Aufgabe von Demokratie und Gesellschaft“. „Es ist wichtig, aus der Passivität herauszukommen und die Wirksamkeit des Handelns zu erfahren“, sagte Akademiedirektorin Ursula Münch bei der Preisverleihung. Ein Statement, dem sich Peter Fauser, der wissenschaftliche Leiter des Wettbewerbs „Förderprogramm Demokratisch Handeln“, vorbehaltlos anschloss. „Ich sehe in strahlende Gesichter und hoffe, die Zusammenarbeit mit der Akademie für Politische Bildung im Rahmen des Förderprogramms fortsetzen zu können.“

Hamm-Brücher-Preis an Heroes

Der Hildegard-Hamm-Brücher-Preis ging in diesem Jahr an Helden. Heroes, so nennt sich das Projekt für Gleichberechtigung, das 2007 in Berlin gegründet wurde. Geehrt wird die Initiative junger Männer für ihre Arbeit gegen Unterdrückung im Namen der Ehre und für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. In regel-

mäßigen Trainings setzen sich die jungen Männer mit Themen wie Identität, Ehre, Geschlechterrollen und Menschenrechte auseinander. Rollenspiele regen die Jugendlichen an, über den Begriff Ehre zu diskutieren. Schließlich werden die Teilnehmer zu anerkannten Heroes qualifiziert und leiten Workshops in Schulen, Jugendeinrichtungen oder – wie während der Lernstatt Demokratie – auch in der Akademie für Politische Bildung.

In ihrer Laudatio zeigte sich die Bundestagsabgeordnete Ekin Deligöz tief beeindruckt von den Heroes und ihrem Projekt. „Im Grundgesetz heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, zitierte Deligöz, die als stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bundestag sitzt. „Die Heroes füllen diesen Artikel mit Leben.“ Die jungen Männer seien Helden des Alltags, Helden der Schulhöfe. An diesem Beispiel sehe man: „Einmischen lohnt sich. „Ihr verändert das Gesicht

der Gesellschaft“ sagte Deligöz bei der Preisübergabe. Zwei Sonderpreise gingen an Schulprojekte.

Mit ihrem Theaterstück „Die war nicht so!“ greifen zehn Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule Bramfelder See in Hamburg einen realen Fall auf, in dem es um Beziehungsgewalt geht. Zwei junge Männer erstachen eine 14-Jährige, weil sie fürchteten, das Mädchen könne von ihnen schwanger sein.

„Euer Theaterstück ist hochaktuell“, lobte Christa Goetsch, die ehemalige Hamburger Schulsenatorin.

Mit ihrem Projekt „Wer ist Deutscher? Einbürgerung mit Doppelpass“ beschäftigten sich Schüler der Gesamtschule Ost in Bremen mit der komplizierten Problematik der doppelten Staatsbürgerschaft. Mutig haben sich die Schüler an diese Frage der Demokratietheorie gewagt – und herausgefunden, dass die Einbürgerungsstatistiken in den Bundesländern unterschiedlich geführt werden. Dass hier nun nachgebessert wird, ist ihrem Engagement zu verdanken.

Jugend und Politik

„Warum eigentlich Demokratie?“ Mit dieser Frage löcherten im Anschluss an die Preisverleihung zwei Schülerinnen und ein Schüler die Abgeordnete Deligöz in einem Podiumsgespräch. Die Politikerin berichtete sehr ungezwungen über ihre Erfahrungen, die sie nach ihrem Aufruf an in Deutschland lebende Muslimas machen musste, das Kopftuch abzulegen. „Obwohl ich Morddrohungen erhalten habe und meine Familie ein Jahr lang unter Polizeischutz stand: Es war richtig, was ich getan habe. Wir sitzen alle in einem Boot. Wir müssen uns Gedanken machen und manchmal muss man die Gesellschaft wahrüteln.“

Das Beste zum Schluss

Die geballte Kreativität der gemeinsamen Woche zeigte sich dann bei der Abschlussveranstaltung: Die Workshops präsentierten bei den „Tagesthemen“ ihre Ergebnisse. Besonders

das Improvisationstheater erntete Applaus und Gelächter. Auch der Workshop Erlebnispädagogik begeisterte das Publikum: An nur einem Tag hatten die Schüler gemeinsam ein Floß gebaut und auf dem Starnberger See getestet. Solche Erlebnisse schweißen



Zusammenhalt üben beim Workshop Floß bauen

zusammen, wie sich bei der Vorstellungsrunde zeigte: Mit einer Extraportion Teamwork balancierten die Teilnehmer gemeinsam einen dünnen Stab auf ihren Fingern und brachten ihn kontrolliert zu Boden. Bei der ungeübten Vergleichsgruppe fiel der schon nach wenigen Minuten auf den Boden.

Wie viel eingeübte Zusammenarbeit ausmacht, zeigte auch die Präsentation der Radiowerkstatt. In der Lernstatt Demokratie produzierte das Wartburgradio das Hörspiel „Lost in Tutzing“. Die Schüler waren einen Tag lang mit dem Mikro unterwegs und befragten die Tutzinger zu ihren Fußball- und Biervorlieben. Die Antworten trieben den Zuhörern Lachtränen in die Augen. Zum Nachhören im Internet auf www.wartburgradio.com oder als podcast: <http://www.wartburgradio.org/2012.110+M5c0044343bb.0.html>

Der Anbieter des Workshops, das Wartburgradio 96,5 Eisenach, hat bereits Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Schülern. Im Vorfeld hatten die Radiomacher mit einer Schülergruppe an einem Projekt gearbeitet, das von „Demokratisch Handeln“ ausgezeichnet wurde: In der Reihe „Zeitzeugen“ analysierten sieben jugendliche Jugendclubs und Jugendarbeit in Eisenach zu Zeiten der DDR.

Nach den „Tagesthemen“ überreichte Akademiedirektorin Ursula Münch den Projektgruppen jeweils eine Urkunde für die Teilnahme am Wettbewerb, die sogleich für die Gruppenfotos stolz präsentiert wurden.

Moderator Peter Fauser betonte schon zu Beginn: „In unserer Gesellschaft gibt es eine Sucht, den Besten, Schönsten und Dümmden zu finden und auszuzeichnen – darum geht es bei ‚Demokratisch Handeln‘ nicht. Hier wollen wir uns gegenseitig den Respekt und die Anerkennung entgegenbringen, die die Leistung fürs Gemeinwohl verdient.“ Doch die gelöste Stimmung konnte über eine Tatsache nicht hinwegtrösten: Die Heimreise der Schüler stand unmittelbar bevor. Im Gepäck hatten die Jugendlichen viele neue Freundschaften und ein festes Vorhaben: sich nächstes Jahr wieder für die Lernstatt Demokratie zu bewerben. ■

*Miriam Zerbel / Dorothea Wagner /
Stefan Schwaiger / Maria Hofmann /
Jana de Vries*

(Siehe Presseschau Seite 32)

Mehr Informationen im Netz:

Zu demokratisch handeln:

<http://www.demokratisch-handeln.de/index.html>

Zur Lernstatt Demokratie:

<http://www.demokratisch-handeln.de/archiv/lernstatt/2013/index.html>

Zum Hildegard Hamm-Brücher Förderpreis:

<http://www.demokratisch-handeln.de/hhb/index.html>

Politik und Medien im Hamsterrad

Wahlkampf im Netz und Netzpolitik im Wahlkampf

In der Mitte Berlins, unweit der Friedrichstraße im alten Zeitungsviertel der Stadt, fließt der Nachrichtenstrom. Unablässig, rund um die Uhr. 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr. Eben ist die Morgenkonferenz der Zentralredaktion der Deutschen Presse-Agentur (dpa) zu Ende gegangen. Die Schwer-

punktthemen des Tages wurden festgelegt: Von der Drohnenaufklärung über den Abhörskandal in den USA rund um „PRISM“ bis zum ersten Auftritt des neuen Bayern-Trainers Pep Guardiola. Per Videokonferenz zugeschaltet waren die Büros in den Bundesländern. Die Redakteure gehen zurück in den zentralen

Newsroom, in dem alle Fäden der weltweiten Nachrichtenproduktion zusammen laufen. Gäste der Konferenz waren 20 Journalistik-Studierende der Hochschule Bonn, die sich auf Einladung der Akademie in Berlin über „Wahlkampf im Netz und Netzpolitik im Wahlkampf“ informierten.

Christoph Dernbach, Geschäftsführer der dpa-Tochter infocom, sagt: „Die dpa musste sich die neuen online-Märkte erschließen. Bedrucktes Papier allein kann nicht die Zukunft sein.“ Er meint damit die stetig sinkenden Auflagen deutscher Tageszeitungen, die einen unmittelbaren Einfluss auf die Einnahmen der Nachrichtenagentur haben: Sinkende Auflagen gleich sinkende Preise für den Nachrichtentext. Der Kurznachrichtendienst Twitter hat seinen Stellenwert als neuer Nachrichtenlieferant in der Redaktion: „Früher haben wir stündlich die Nachrichten des Deutschlandfunks abgehört – als Korrektiv. Heute ist Twitter dazugekommen“, sagt Dernbach. „Der Dienst ist wichtig geworden, weil er an unserem Arbeitsrhythmus dran ist.“ Aber auch hier

gilt, wie vor allen Veröffentlichungen der dpa, das Vier-Augen- und Zwei-Quellen-Prinzip: Mindestens zwei Redakteure brauchen mindestens zwei Quellen. Beide müssen eine Nachricht gelesen und geprüft haben, bevor sie weiter verbreitet wird.

Neue Kanäle

Ohne soziale Medien wie Twitter und Facebook geht auch in den Berliner Parteizentralen nichts mehr. Tobias Nehren kümmert sich am Newsdesk des SPD-Online-Portals um diesen Bereich. Insgesamt 12 Referenten betreuen diese neuen Kanäle der politischen Kommunikation, darunter auch google+ und den youtube-Kanal der SPD. Kurz vor dem Gespräch mit Nehren wurde die Seminargruppe noch

Augenzeuge eines alten Mittels der Öffentlichkeitsarbeit: Im Foyer des Willy-Brandt-Hauses geben Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel eine gemeinsame Pressekonferenz vor laufenden Kameras. Sie demonstrieren Einigkeit und kritisieren – wie erwartet – das kurz zuvor verabschiedete Wahlprogramm der Unionsparteien als „unbezahlbares Wahlgeschenk“.

Tobias Nehren kümmert sich gleich danach mit seiner Mannschaft darum, den eigenen Videomitschnitt vom Auftritt der beiden SPD-Spitzenpolitiker ins Netz zu stellen. Innerhalb von 60 Minuten muss auf Aktualität reagiert werden. Gleichzeitig gibt er das Video über Twitter bekannt, damit möglichst viele Follower die Botschaften aus der



Schleusenwärter des Nachrichtenstroms bei der Arbeit: im Newsroom der dpa-Zentralredaktion in Berlin



*Tobias Nehren (links) beim Interview mit den Teilnehmern
Fotos: Schröder*



SPD-Zentrale direkt empfangen können – ohne den klassischen Umweg über die Filter der Redaktionen und Agenturen. Die neuen Möglichkeiten der direkten Kommunikation zwischen Politikern und Wählern werden intensiv genutzt.

Gut für spitze Sätze

Es sei auch wichtig, Fotos im Netz zu teilen und so für eine große Verbreitung zu sorgen. Aber mehr als zwei bis drei Facebook-Motive pro Tag seien nicht gut: „Dann kannibalisieren wir uns selbst.“ Besonders für „spitze Sätze“ seien die Kurznachrichten im

siert: „Im Netz spüre ich die Differenz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung sehr deutlich.“ Natürlich seien das keine repräsentativen Umfragen, aber immerhin Meinungsbilder. Und im laufenden Wahlkampf setzt er auch auf die Verknüpfung von analogen und digitalen Medien: Auf seinem neuesten Plakat – ein Wimmelbild seiner Heimatstadt – findet sich selbstverständlich auch sein Twitter-Account.

Selbst die Piraten wissen: „Ohne Straßenwahlkampf und Plakate geht nix.“ Die Bundespressesprecherin der Piratenpartei, Anita Möllering, setzt aber



Analoge Pressearbeit im Willy-Brandt-Haus: Peer Steinbrück und Sigmar Gabriel vor laufenden Kameras

Schlagzeilenformat gut geeignet: „Und das kann Peer sehr gut“, sagt Nehren. Ein Wahlkampf im Internet könne aber nur so gut sein wie die Offline-Kampagne.

Klare Ansagen

Peter Tauber, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Hessen, nutzt das Netz intensiv für seine Öffentlichkeitsarbeit im Wahlkreis. „Damit kann ich schnell Leute erreichen und meinen Bekanntheitsgrad erhöhen.“ Er weiß: „40 Prozent der Leute meines Wahlkreises sind bei Facebook.“ Er braucht „kurze, klare Ansagen“, um dieses Publikum zu erreichen. „Soziale Medien funktionieren nur, wenn man eine Geschichte zu erzählen hat.“ Und er merkt, was die Leute wirklich umtreibt und interes-

gleichzeitig auf Facebook („Wichtig für den Bürgerdialog“) und Twitter („Nutzen wir für die Binnenkommunikation“).

Feindbild „Zensursula“

Die Pressearbeit der Piraten zeichnet sich nach Möllerings Worten durch keine einheitliche Strategie aus: „Es gibt noch viel Beratungs- und Professionalisierungsbedarf.“ Für den Wahlkampf wären polarisierende Feindbilder gut: „Innenminister Friedrich wäre geeignet, am besten für uns ist eine neue ‚Zensursula‘, die die Netzfreiheit beschränken will.“



Anita Möllering macht für die Piraten Pressearbeit

Ganz andere Probleme hat Stefan Hennewig aus dem Konrad-Adenauer-Haus, der CDU-Parteizentrale. Er ahnt: „Der CDU wird im Internet nichts zgetraut.“ Aber die Partei wisse sehr wohl, dass die Digitalisierung der Gesellschaft voranschreite. Tendenziell seien „Onliner“ doch eher links eingestellt und der netzaffine online-Bürger sei keineswegs repräsentativ.

Ungeeignet für Debatten

Dagegen ist der durchschnittliche CDU-Wähler knapp 60 Jahre alt und nicht besonders aktiv im Internet unterwegs – von Suchmaschinen, E-Mails und online-Einkäufen einmal abgesehen. Hennewig sagt: „Facebook ist nicht für politische Kommunikation gemacht.“ Soziale Medien eignen sich nach seiner Einschätzung nicht für Debatten. Wohl auch deswegen sind im Wahlkampfteam der CDU nur sechs Leute für Facebook und Co. zuständig.

Halina Wawzyniak sitzt seit 2009 für die Linke im Bundestag. Die Berliner Abgeordnete war Mitglied der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, die zum Ende der Legislaturperiode ihren Bericht vorgelegt hat. Sie lobt die gemeinsamen Handlungsempfehlungen der Kommission und spricht von großen Übereinstimmungen zwischen den Fraktionen. Gleichzeitig kritisiert sie aber, dass zum Beispiel nicht über die Gefahren eines „Cyber War“ diskutiert wurde. „Die Netzpolitiker der Parteien sind sich durchaus einig – Probleme gibt

es mit den Innen- und Rechtspolitikern der anderen Fraktionen, wenn es um Datenschutz und Datensicherheit geht.“

Wawzyniak beschäftigt sich aber nicht nur theoretisch mit dem Web 2.0. Die Rechtsanwältin gehört zu den Abgeordneten, die das Netz intensiv für ihre politische Arbeit nutzen. Deswegen klagt sie auch über die tech-



nischen Probleme im Bundestag, weil das Servernetz immer wieder wegen Überlastung abstürzt. Sie sagt: „Gedruckte Presseerklärungen per Fax sind out, die kann man gleich in den Papierkorb werfen.“

Ohne Filter

Für sie als Linke sei der direkte Weg zum Wähler über die sozialen Medien ein großer Vorteil – vorbei an den zwischengeschalteten Filterinstanzen wie Zeitungsredaktionen und Agenturen. Die Partei- und Fraktionsvorstände und Pressesprecher der eigenen Partei dagegen sehen diese neue Unabhängigkeit der Abgeordneten gelegentlich mit Argwohn: „Sie fürchten den Kontrollverlust“, sagt Wawzyniak. Sie möchte, dass im nächsten Bundestag ein Ausschuss für Netzpolitik eingerichtet wird. „Die praktische Ausgestaltung und Zuständigkeit wird spannend.“ Für sie ist das Netz auch eine Möglichkeit, mehr direkte Demokratie und Bürgermitbestimmung zu wagen: „Gesetzesentwürfe können nach der 1. Lesung im Netz diskutiert und Änderungsanträge eingebracht werden. Wenn sich dafür ein bestimmtes Quorum findet, müssen sie danach im Bundestag debattiert werden.“

Bezahlmodelle nicht spruchreif

Roland Nelles ist der Online-Chef des Berliner „Spiegel“-Büros am Pariser Platz und Mitglied der Chefredaktion. „Spiegel-online“ ist das erfolgreichste deutsche Nachrichtenportal außerhalb des Boulevard-Sektors. Mit elf Millionen „unique users“ liegt der „Spiegel“ damit knapp hinter der Bild-Zeitung. Acht online-Politikredakteure arbeiten für den „Spiegel“ allein in Berlin. Für ein investigativ ausgerichtetes Magazin bleibt die

selbstrecherchierte, exklusive Geschichte das Ziel. „Die sozialen Medien sind bei der Recherche eher von eingeschränktem Nutzen“, bestätigt auch Christiane Hoffmann, die stellvertretende Leiterin des Hauptstadtbüros.

„Wir wollen das haben, was bei anderen nicht steht.“ Twitter sei zwar ein wichtiges, eigentlich unerlässliches Recherchewerkzeug, aber eben nicht ausreichend. Die zweite Quelle sei für eine Geschichte ohnehin ein unabdingbares Muss. Beide sehen die mobile Nutzung des Magazins durchaus als Herausforderung für das gedruckte Heft – vor allem, wenn mit der online-Version nicht genug Geld verdient wird, um sinkende Printauflagen auszugleichen. Aber über zukünftige Bezahlmodelle im Internet wollten sie nicht sprechen.

„Das ist nicht spruchreif“, sagte Hoffmann. Vielleicht wird sich das mit dem neuen Chefredakteur Wolfgang Büchner ändern, der am 1. Oktober die Leitung des „Spiegel“ übernimmt.

Joachim Wendler sieht eine wachsende Bedeutung des Internets für den Wahlkampf und die politische Kommunikation generell. Er ist Hörfunkkorrespondent für den Bayerischen Rund-

funk im ARD-Hauptstadtstudio in Berlin. Und deswegen bedauert er es auch, dass es von Seiten der ARD aus Berlin zu wenig im Netz gibt: „Für den ‚Bericht aus Berlin‘ gibt es einen Twitter-Account und dazu ‚Deppendorfs Woche‘ – sonst nichts.“

Beim Bayerischen Rundfunk sieht es dagegen besser aus: „Mit dem geplanten Umbau des BR zu einer trimedialen Anstalt wurde eine Redaktion ‚Web-Aktualität‘ geschaffen.“ Damit werde die Gleichwertigkeit von Fernsehen, Radio und Internet angestrebt. Es gibt aber auch die Erkenntnis, dass das Internetangebot des BR hauptsächlich für Serviceangebote wie Wetter, Verkehr und Verbrauchertemen genutzt werde. „Politik – egal ob regional, national oder international – spielt bei der Nutzung eher eine untergeordnete Rolle“, sagt Wendler. Aber alle BR-Mitarbeiter seien aufgefordert, die sozialen Netzwerke zu bedienen. „Wir sind da noch in einer Experimentierphase und da wird auch noch viel Überflüssiges produziert.“

Schnellste Legislaturperiode

Wendler sieht die abgelaufene Legislaturperiode als „die schnellste, die wir je hatten“. Die hausgemachte Beschleunigung nimmt zu. Von Politikern werde in dieser neuen digitalen Mediendemokratie erwartet, dass sie immer sprechfähig und reaktionsbereit seien. Wendler fragt kritisch: „Ist die Politik diesen Anforderungen ge-

wachsen? Und überfordern wir Medienleute damit die Politiker?“ Aber offensichtlich ist niemand auf keiner Seite bereit und fähig, auf die Bremse zu treten. Das Hamssterrad – getrieben von Politikern und Journalisten – dreht sich in Berlin immer schneller. Mit ungewissem Ausgang für die Qualität – von Politik und Journalismus. ■

Michael Schröder



Halina Wawzyniak will mehr direkte Demokratie im Netz wagen



Besuch in der Hauptstadtreaktion des „Spiegel“: links Seminarleiter Michael Schröder, daneben Roland Nelles und Christiane Hoffmann
Foto: Schwanenberg

Distanz wahren und Transparenz schaffen

Droht dem Journalismus im Web 2.0 eine Glaubwürdigkeitskrise?

Eine Twitter-Meldung der Nachrichtenagentur AP versetzt die Journalisten und Börsen für kurze Zeit in Schrecken: „Explosion im Weißen Haus – Präsident verletzt“. Wenig später Entwarnung: Der Tweet war gefälscht. Befindet sich der Nachrichtenjournalismus des Web 2.0 in einer Glaub-

würdigkeitskrise? Das Internet und die digitalen Medien haben die Arbeit der Journalisten revolutioniert. Mit Hilfe mobiler Geräte können Berichte, Filme und Fotos in Echtzeit rund um den Globus verschickt werden. Twitter, Facebook und Blogs haben die frühere Monopolstellung der eigenen Korrespon-

denten und Agenturen aufge-
weicht. An ihre Seite sind viele
professionelle und semi-profes-
sionelle Journalisten, Bürger-
reporter und Amateure getre-
ten. Auf diesem globalen Mul-
ti-Media-Spielfeld tummeln sich
aber auch Propagandisten, Agi-
tatoren, Lügner und Fälscher.

Johannes Grotzky hält es mit Hanns-Joachim Friedrichs: „Der Journalist sollte sich mit keiner Sache gemein machen. Auch nicht mit einer guten.“

Grotzky ist Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks, war Korrespondent in Moskau und während des Balkan-Kriegs auch zuständig für Südosteuropa. Distanz wahren und sich nicht instrumentalisieren lassen – das sind für ihn zwei Voraussetzungen für Glaubwürdigkeit. Ferner müssten die eigenen Quellen transparent sein.

Trend zum Rudeljournalismus

Im Fall des Bombenattentats auf den Bostoner Marathonlauf hätten sich seriöse Medien und Journalisten auf Zeugenaussagen ohne Quelle verlassen und prompt seien Falschmeldungen in der Welt gewesen. Grotzky gibt zu, dass es heute im Zeichen digitaler Medien immer schwerer werde, Inszenierungen und Fälschungen zu erkennen.

Aber auch Journalisten seien nicht unschuldig: „Wir müssen uns wieder mehr Zeit zum Nachdenken und Nachfragen nehmen.“ Der Trend zum Rudeljournalismus müsse gebrochen werden. Die zweite Quelle müsse obligatorisch sein, bevor gesendet wird. Der Journalist müsse kritisch bleiben, gegenüber dem, was er sieht. Oder mit den Worten des ehemaligen WDR-

Intendanten Friedrich Nowotny: „Der Blick des Journalisten fällt durch den Sehschlitz des Panzers. Und der ist nicht sehr groß.“



Johannes Grotzky verantwortet als Direktor fünf Radioprogramme des Bayerischen Rundfunks

Fotos: Kratzer

Der Medienwissenschaftler Michael Krzeminski zieht Konsequenzen aus der Tatsache, dass die Bilder sich zwar explosionsartig vermehren, aber auch immer zweifelhafter werden. Auch Authentizität könne man inzwischen inszenieren. Autorisierung statt Authentifizierung sei zukünftig die Aufgabe der Journalisten. Sie seien die Schiedsrichter über die Fakten. Aber dafür müsse es auf dem Spielfeld des Nachrichtenjournalismus auch transparente Regeln geben, forderte er.

Für den Chef des RTL-Nachtjournals Martin Gradl ist das Internet das neue

Leitmedium. Und da gelten neue Regeln: Professioneller Inhalt vermischt sich mit dem der Nutzer. Augenzeugen würden häufig journalistische Arbeit übernehmen.

Nachrichtenflut steigt

Durch neue Technologien wie Smartphones und Tablet-PCs steige die Nachrichtenflut weiter an. 200 Stunden Material sichtet seine Redaktion täglich – aufgeteilt in rund 1800 Themen und Info-Häppchen. Tendenz: steigend. Dazu komme die zunehmende Geschwindigkeit, ein schnellerer Durchlauf der Themen: „Früher hätten wir vom Meteoriteneinschlag in Russland mit den tollen Bildern tagelang gelebt, heute ist das Thema in wenigen Stunden durch.“ Und die nächste Sau wird durchs Dorf gejagt.

Aber trotz Zeitdrucks dürfe die Verlässlichkeit nicht leiden. Der gute alte Grundsatz für Journalisten „Be first, but be right“ werde immer weniger beherzigt. Gradl machte sich für das „Vier bis acht-Augen-Prinzip“ stark. Videos aus dem Netz gingen nicht ungeprüft auf Sendung: „Wir haben die Verbreiterhaftung. Wir können uns nicht auf das Netz berufen.“ Dafür müsse auch die Ausbildung und die redaktionelle Infrastruktur verbessert werden – nicht immer leicht bei profitorientierten Unternehmen. Die Redaktionen benötigten wieder mehr Spezialisten. „Und wir brauchen bei



Zweifeln wieder mehr Mut zum ‚Nein‘ oder mindestens zum ‚Noch nicht‘“ sagte der RTL-Nachrichtenmann.

Twitter als Alarmglocke

Auch Esther Saub sieht die eigene Zunft kritisch: „Wir sind zu oft zu schnell.“ Sie hat fünf Jahre als ARD-Korrespondentin für den Hörfunk in Kairo gearbeitet und die Revolutionen in Nordafrika vor Ort miterlebt. Für sie sind die sozialen Netzwerke – insbesondere der Kurznachrichtendienst Twitter – ein „Wecker, eine Alarmglocke, oft ein Rechercheanstoß.“ Vieles davon laufe erst später über die Agenturen. Aber Misstrauen sei immer angebracht: Erstens seien es auf Gewinn ausgerichtete Unternehmen, zweitens würden auch totalitäre Regierungen mittlerweile die Netzwerke nutzen: „Über soziale Medien wird Meinung gemacht“, sagte Saub. Und obwohl es zum Teil eine „grauenhafte Zeitverschwendung“ sei, sei die Beschäftigung mit Twitter im modernen Journalismus notwendig.

Mit Twitter beschäftigt sich auch der Newsdesk in der heute-Redaktion des ZDF. Das ist die zentrale Abgleichsstelle und Prüfinstanz für Nachrichten.



Esther Saub: „Misstrauen gegenüber Nachrichten in sozialen Netzwerken ist immer angebracht“

Wolfgang Voigt ist der stellvertretende Leiter der heute-Redaktion und sieht im ständigen Prüfen und Abgleichen der Quellen eine immer wich-

tiger werdende Aufgabe: „Wer steckt dahinter? Wo kommen Bilder und Filme her? Stimmen Ort, Uniformen, Kleidung, Nummernschilder und Wetter?“ Für die Fernsehnews seien die Nachrichtenportale im Netz die „Taktgeber“: „Die Konkurrenz erhöht den Entscheidungsdruck“, sagt Voigt. Dabei seien feste Sendezeiten ein Vorteil: „Für uns ist Einordnen und Bewerten wichtiger als die erste Information – die kommt sowieso aus dem Netz.“

Soziale Netzwerke im Internet sind für den Zweiten Chefredakteur von ARD-aktuell, Thomas Hinrichs, keine Bedrohung: „Wir wohnen in der digitalen Welt, aber wir dürfen nicht einknicken vor den sozialen Medien.“ Hinrichs sieht zwar, dass „wir das Monopol auf Nachrichten verloren haben, aber nicht auf Informationen. Die Welt braucht einen Filter – und der sind wir.“ Er hat die Zielgruppe der unter 30-Jährigen im Blick, wenn er sagt: „Wir müssen beide Seiten bespielen – alte und neue Kanäle.“ Der durchschnittliche Tagesschau-Seher vor dem Fernseher ist 59 Jahre alt, der im Netz 45 und derjenige, der eine Tagesschau-App auf seinem Smartphone hat, ist erst 35.

Hinrichs sagt für die Tagesschau-Redaktion: „Bei Material aus dem Netz gelten verschärfte Standards. Alles wird in unserem Content Center geprüft. Aber auch mit strengsten Maßstäben können wir nicht sicher sein. Am Ende haben wir immer nur Indizien.“

„mobile only“

Daniel Steil geht als Chefredakteur von Focus-online neue Wege: Nicht mehr „mobile first“ ist der Grundsatz seiner Redaktion, sondern „mobile only“. Er ist überzeugt, dass Journalisten in Zukunft mobil denken und Angebote für den Nutzer anbieten müssen, der mit mobilen Geräten arbeitet. Dafür wird auch die Redaktion komplett mit Smartphones ausgestattet und es gibt eine Produktion für den herkömmlichen Desktop-PC und eine für mobile Endgeräte. ■



Zeichnung: Mester

Michael Schröder

(Siehe Presseschau Seite 32)

Digitale Medien in der politischen Bildung

Neue Formate und Methoden erfordern ein Umdenken auf allen Seiten

„Das Digitale ist eine Partizipationsmaschine“, sagt Guido Brombach. Er muss es wissen: Seit vielen Jahren setzt er als Seminarleiter erfolgreich digitale Medien im DGB-Bildungszentrum Hattungen in der politischen Bildung ein. Brombach referierte zusammen mit anderen Praktikern auf der Tagung „Digitale Welten – Politische Bildung im Internetzeitalter“.

Er fordert ein Umdenken und neues Denken: „Arbeit am und mit Computern und dem Internet ist auf jeden Fall erst einmal öffentlich. Damit ist auch das Fehlermachen öffentlich.“ Diese Erkenntnis sei für viele politische Bildner mit Schwierigkeiten verbunden. Bislang blieb ihre Arbeit in der gesicherten Umgebung eines Raums. Das ändere sich mit dem Internet. Auch Kopieren und Abschreiben sei früher als schlimm empfunden worden. Im Internet sei es allgegenwärtig: „Im Netz gibt es keinen erkennbaren Unterschied zwischen Kopie und Original“, sagte Brombach. Andere spezifische Merkmale der Arbeit mit digitalen Medien seien Vernetzung und Verlinkung sowie die Durchsuchbarkeit. Vergleichbares fehle bei der klassischen Arbeit mit analoger Technik.

Raum- und Zeitsouveränität

Digitale Texte können eben auch nicht nur gelesen, sondern auch gemeinsam geschrieben, kommentiert und verändert werden, ohne dass die Teilnehmer von Seminaren an einem Ort zusammen sein müssen. Projektorientiertes und kollaboratives Arbeiten sei so

viel besser möglich. Der große Vorteil des Netzes und der Arbeit mit digitalen Medien in der politischen Bildung sei die Raum- und Zeitsouveränität. Brombach plädiert für die Harmonisierung und Zusammenführung von analog und digital und schlägt dafür das Kunstwort „Anatalien“ vor.

Weniger Kontrolle

Ute Demuth, freie Trainerin aus Berlin, unterscheidet soziale Medien als Inhalt von Seminaren und als Methode.



Auch sie setzt auf Zusammenarbeit im und mit dem Netz und sieht dafür offene Blogs als praktikables Werkzeug. „Mit moderner digitaler Technik können Inhalte fürs Netz einfach und schnell produziert werden – ohne Pro-

grammierkenntnisse. Anschließend werden sie im Netz geteilt und mit anderen Gruppen getauscht.“ Dabei verschwinden die traditionellen Rollenverhältnisse zwischen Dozenten und Teilnehmern. Das alles bedeute weniger Sicherheit und Kontrollierbarkeit und Anerkennung neuer Rollenbilder. Darüber dürfe aber nie vergessen werden, wie das Internet funktioniert. Kenntnisse über Datenschutz und Urheberrecht seien unverzichtbar. Und schließlich müssten auch Alternativen zu den Plattformen der großen Konzerne aufgezeigt werden (zum Beispiel Diaspora statt Facebook).

Anselm Sellen ist Dozent im Europa-Haus Bad Marienberg und praktiziert seit vielen Jahren politische Jugendbildung mit digitalen Medien. Er warnt aber davor, zu glauben, man könne deshalb auf den direkten, unmittelbaren Kontakt und das persönliche Treffen und Gespräch im Seminar verzichten. Er setzt digitale Medien ein, um Gruppen vor einem Seminar zu vernetzen und auf das Programm vorzubereiten: „Facebookgruppen können so im Vorfeld der Tagung Inhalte gemeinsam planen und besprechen. Die Planung liegt nicht mehr allein in der Hand eines Leiters.“ Sogenannte Hangouts (bei Google+) sind Telefonkonferenzen übers Internet, ähnlich wie Skype, nur mit mehreren Teilnehmern. Zur Tagungsdokumentation dienen freie Blogformate oder Fotosammlungen. ■

Michael Schröder

Hier findet man im Netz Werkzeuge für die politische Bildung mit digitalen Medien:

<http://prezi.com/ts-wezv7zsjc/webinare-barcamps-und-educaching/>
<http://pb21.de/>
<http://blog.wikimedia.de/2013/05/17/oer-konferenz-2013-ein-bundnis-fur-freie-bildung/>
<http://diasporaproject.org/>
http://www.google.com/intl/de_ALL/+learnmore/hangouts/

<http://de.wordpress.com/>
<https://www.tumblr.com/>
<http://blog.flickr.net/de>
<http://www.flickr.com/>
<http://www.hackasaurus.org/de/>
<http://de.creativecommons.org/>

Umbrüche in der Hörfunklandschaft

Impressionen von den 10. Tutzinger Radiotagen

„Der beste Mix“ ist ein bekannter Radioslogan – doch was sind eigentlich gute Inhalte? Und wie steht es um die Zukunft des Radios in der digitalen Medienwelt? Bei den 10. Tutzinger Radiotagen – wieder in bewährter Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung – diskutierten Radiomacher aus ganz Deutschland von privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern die Entwicklungschancen ihres Mediums. Eine Gruppe von jungen Nachwuchsjournalisten berichtete unter der Leitung von Daniel Fiene und Dennis Horn online live mit Mikrofon und Kamera. Wir dokumentieren einen Teil ihrer Beiträge aus dem Internet.

Zwischen allen Stühlen?

Von W-LAN im Studio und Hörer-Apps: Ein hochkarätiges Panel zur Medienpolitik ließ uns mit Fragezeichen zurück. Fünf Gründe, warum sich im Radio in den nächsten zehn Jahren nicht viel ändern wird, weder im öffentlich-rechtlichen noch im privaten. Oder doch?

Die sprichwörtliche Personifizierung des dualen Rundfunksystems gab sich die Ehre, als Jörg Wagner vom Medienmagazin des RBB zur Diskussion rief. In the left corner: Michael Kühn, als „Bevollmächtigter des ARD-Vorsitzenden im ARD-Generalsekretariat in Berlin“ für so manchen ein Sinnbild des öffentlich-rechtlichen Apparats. Zitat: „Wir müssen Vertrauen bilden und verlässlich sein.“

Kühns Ringpartner in der rechten Ecke: Hans-Dieter Hillmoth, Geschäftsführer und Programmdirektor von Hessens größter Privatradi-Familie Hit Radio FFH. Zitat: „Radio wird weiterhin ein Unterhaltungsmedium sein.“

Das Thema des Panels lautete etwas sperrig: „Radio zwischen allen Stühlen – Politik. Geld. Gesellschaft“. Eigentlich ging es darum, wohin es denn gehen wird mit dem Radio. Das Duell war abwechslungsreich, zwischendurch übten sich beide in trauter Harmonie, aber immer wenn es zu kuschelig wurde, sorgte Moderator

Jörg Wagner mit den richtigen Nachfragen dafür, dass die Spannung zurückkam. Trotzdem entließ er das Publikum „mit vielleicht ein paar Fragezeichen mehr, als wir am Anfang hatten.“



Michael Kühn: „Mittelfristig wird sich analoge Technologie nicht halten können“

Auch wir blieben am Ende mit ein paar Fragezeichen zurück, was uns zu der Annahme brachte: In den nächsten zehn Jahren wird sich im Radio nicht viel ändern. Oder etwa doch?

Die Politik. ARD-Mann Kühn: „In Frankreich gibt es seit ein paar Jahren ein Gesetz, das Autobauer dazu zwingt, in Neuwagen DAB-Radios einzubau-

en. In Deutschland hat sich die Regierung dazu leider nicht durchgerungen.“ Hillmoth pflichtet ihm bei: „Medienpolitik in Deutschland ist immer noch ein Stiefkind der Politik. Das ist kein Feld, wo sich Politiker profilieren können. Deshalb gibt es manchmal ‚interessante‘ Entscheidungen“. Aber Kühn sagt auch: „Mittelfristig wird sich analoge Technologie nicht halten können.“

Die Journalisten. Vor der Diskussion stellte Martin Knabenreich von Radio Bielefeld zwei Fragen: „Wer denkt, dass er in zehn Jahren noch genauso arbeiten wird wie heute?“ Die Mehrzahl der Hände ging nach oben. „Wer denkt, dass der Sender, bei dem er arbeitet, in zehn Jahren noch besteht?“ Diesmal gingen noch mehr Hände hoch. Fühlen wir uns zu sicher?



Hans-Dieter Hillmoth: „Medienpolitik ist ein Stiefkind der Politik“

Fotos: Schröder

Das Internet. Wagner erzählte von einem ARD-Fernsehstudio, in dem es kein W-LAN gab. Für Kühn ganz normal: „Sicherheit geht vor.“ Und weiter: „Ich bin mir nicht sicher, ob das Internet all die Versprechungen halten wird, die man jetzt so prognostiziert.“ Wirklich?

Maximilian Zierer



Die 10. Tutzinger Radiotage im Internet zum Nachlesen und -hören

<http://radiotage.wasmitmedien.de/>

<https://twitter.com/search?q=%23tura13>

<http://www.bitsundso.de/>

<http://www.diy.fm/>

„W on air“: Die Wahl im Radio

Am 22. September 2013 ist Bundestagswahl. Vermeintliche Politikverdrossenheit hin oder her – auch die Radios müssen über die Wahl berichten. Die Bundeszentrale für politische Bildung stellt dazu ein umfassendes Paket für die Sender zur Verfügung, das sie in Zusammenarbeit mit Thomas Röhr und Jörg Wenzel vom Journalistenbüro röhr:wenzel in Berlin erstellt hat.

Das Kit besteht aus dem Reader „W on air“, in dem es auf gut 170 Seiten viele Tipps für eine „pfiffige“ On-air-Promotion gibt. Der Wahlknigge beantwortet die Frage, ob die Oma als Telefonjoker in der Wahlkabine dienen darf. Und nach der Lektüre des Wahlglossars von A wie Abgeordnete

bis Z wie Zweitstimme sollte jeder in jeder politischen Diskussion eine gute Figur machen können.



Thomas Röhr hat ein Ideenpaket für „Wahlen on air“ entwickelt

Auf DVD gibt es außerdem einen ganzen Schwung Audios für Radiomacher: Promis wie Peter Kloeppel oder Joko Winterscheidt rufen dazu auf, zur Wahl zu gehen. Als Experte erklärt Bundeswahlleiter Roderich Egeler, dass ein Smiley nicht als Kreuz gilt.

Im Workshop ging es darum, die Berichterstattung über Wahlen für den Hörer attraktiver zu gestalten. Zwei Teams haben Ideen für Sendungskonzepte entwickelt, die mit wenig Aufwand auf vielen Wellen laufen könnten: „Dein erstes Date im Wahllokal“ richtet sich an Erstwähler, „Der Parteien-Bohrer“ will im Auftrag des Hörers die Parteien unter die Lupe nehmen.

Sebastian Riehm

Out of Rosenheim – was bedeutet Heimat fürs Radio?

Wie klingt Heimat? Und was bedeutet Heimat überhaupt? Der Bayerische Rundfunk wollte es genau wissen und hat 3500 seiner Hörer befragt.

Astrid Riedel von der BR-Medienforschung hat die Ergebnisse vorgestellt. Die Essenz des schwer greifbaren Begriffs: Heimat ist vor allem ein Gefühl. Heimat, Landschaft, Erinnerungen, Gerüche – zur Ruhe kommen, Kraft tanken, ein Anker in Zeiten der Globalisierung ... Klingt nach einem Blick in den Tourismuskatalog des Freistaats Bayern.

Ins selbe Horn stieß Thomas Korte, Regionalreporter beim Hessischen Rundfunk. „Hörer brauchen Nähe, unmittelbare Anbindung und sind nur bedingt bereit, sich mit großer Politik zu beschäftigen“, sagte Korte. Er stützte sich auf eine Studie, die der HR 2009 erarbeitete.

Sind die Ergebnisse der BR-Studie übertragbar, wollten die vielen Radiochefs wissen, die ja vor allem ein Ziel haben: Hörerbindung. Die Antwort

gab es zwar nicht direkt, doch kann man sicher sagen: Bayern ist schon ein Spezialfall. 82 Prozent der Ein-



Thomas Korte vom HR machte sich Gedanken über Heimat im Radio

Foto: Wagner

wohner leben noch in der Region, in der sie aufgewachsen sind, in Oberfranken sind es gar 93 (!) Prozent. Die überwiegende Mehrheit lebt gern in der Region und will hier auch gar nicht weg. Bauchschmerzen bereitete

dieser Heimatbegriff vor allem den Journalisten, denen es mehr um Inhalte als Gefühle geht. Viel von dem, was in Deutschland und der Welt passiert, liegt eben jenseits der Wohlfühlzone. Und der Auftrag vor allem der öffentlich-rechtlichen Sender ist es, die Hörer auch am Wochenende und in der Mittagspause mit Toten aus Bangladesch, der Hinwendung der Vereinigten Staaten zum pazifischen Raum und der Homo-Ehe „zu belästigen“.

Wortradio als Störfaktor in der heilen Welt? Das kann sicher nicht die Lösung sein. Eher schon der Ansatz, den Lena Stadler vom Südwestrundfunk SWR zeigte. Für das Format „DAS-DING vor Ort“ macht sie mit ihrem Team Filme über Jugendthemen. Immer eine Woche am Stück, dann ist sie wieder „normale“ Radioreporterin. So gibt es kein „Jugendghetto“ innerhalb der Redaktion. Stadlers Ziel ist es, Jugendthemen auch in andere Wellen auszustrahlen. Von (Alt-)Kollegen muss sie sich allerdings die immer stärkere Fokussierung auf das Internet vorhalten lassen.

Die Debatte darüber, wie Hörer über ihre Heimat erreicht werden können, ist sicher eine wichtige. Doch darf bei allem Gefühl und berechtigten Ruhepausen in einer schnellen Welt das echte Leben nicht außen vor bleiben. Journalisten sind nicht dafür da, sich vor den Karren von Abgeordneten und Verbänden spannen zu lassen. Gerade weil die Welt so schwierig, so bipolar, so vielseitig ist, brauchen Hörer Hintergründe, Analysen, ein Abwägen von Pro und Contra.

Der Gartenzaun kann noch so schön gestrichen, die Blaskapelle noch so herzerwärmend spielen: Die Folgen von schlechter Politik und Misswirtschaft machen auch vor der größten Idylle keinen Halt. Sie treffen die Menschen genau da, wo sie sich eigentlich ausruhen wollten: in der Heimat.

Julia Weigelt

Prekäres Radio – über die Situation auf dem Arbeitsmarkt

Geht es dem Radio schlecht? Nein. Werbeerlöse im privaten Hörfunk steigen, die Öffentlich-Rechtlichen müssen sparen, aber am Hungertuch nagen sie noch lange nicht. Aber: Geht es Radiojournalisten schlecht? Auf den 10. Tutzingen Radio-Tagen haben wir uns auf die Suche nach Radiojournalisten gemacht, die Grund haben zu klagen. Gefunden haben wir erstmal keine. Weder bei den anwesenden Privaten, noch bei den Freien von ARD oder Deutschlandradio. Das kann an verschiedenen Gründen liegen, die Radiotage Tutzing sind auch nicht gerade der Treffpunkt des Radioprekariats. Man trifft eher auf Leute wie Jörg Wagner, der mit dem Medienmagazin im RBB großen Erfolg hat: „Ich bin natürlich unterbezahlt,

aber ich jammere nicht. Die Lage ist nicht so schlimm, wie sie möglicherweise erscheint.“

Er hat auch eine Theorie, warum es Radiojournalisten gibt, die über ihre Lage klagen. Er glaubt, das seien alles frustrierte Seiteneinsteiger: „Ich weiß nur, dass viele Seiteneinsteiger im Journalismus gerade im Radio erst mal anfangen, weil es offenbar doch schwerer ist, bei der Zeitung oder beim Fernsehen unterzukommen, aber sich beim Radio dann doch schnell zeigt, ob sie diesem Medium gewachsen sind oder nicht. Es gibt viele, die wieder stranden und möglicherweise subjektiv den Eindruck haben, dass das ganze Gewerbe irgendwie ein sehr ungerechtes Feld ist. Eventuell liegt das aber auch an den Kollegen oder an einer gewissen Situation, dass sie gerade dann dazukommen, wenn ihr Produkt, ihre Arbeitskraft gerade nicht gefragt ist. Ich denke jedoch, wir sind alle noch ziemlich komfortabel aufgestellt, wir jammern auf ziemlich hohem Niveau, wir können ganz gut mit den Erlösen leben, die wir generieren.“

Daniel Fiene

Überleben in der Nische: Podcasting 2.0

Es ist nicht alles schlecht im Journalismus. Bewusst setzten die Macher der 10. Radiotage den Ausblick nach vorn hinter den Vortrag von Benno Pöppelmann vom Deutschen Journalisten-Verband (DJV), der über den Arbeitsmarkt der Hörfunkjournalisten sprach. Als erstes von drei Beispielen, wie man trotz der schlechten Zahlen und des vielen Sparens in Nischen überleben kann (sogar ganz gut leben kann), stellte Timo Hetzel sein Projekt „Bits und so“ vor.

„Bits und so“ ist ein Podcastprojekt, das wöchentlich erscheint und dabei zwei bis drei Stunden über aktuelle Netzthemen berichtet. Neben dem klassischen Audiopodcast, der kostenlos zum Download bereit steht, bietet das Multimediaprojekt aber noch mehr: „Bits und so plus“ gibt dem Hörer die Möglichkeit, für einen geringen Monatsbeitrag die aktuelle Sendung jederzeit nachzuhören – auch wenn sie im Podcastfeed noch nicht zur Verfügung steht. Über das hinaus bekommen „Plushörer“ exklusiven Content

wie eine Pre- und Postshow zu hören oder haben die Möglichkeit, über eine iPad-App die Talkrunde per Video zu verfolgen. Auf diesem Weg erreicht Hetzel Hörer im Umfang eines „mittleren Fußballstadions“, was durchaus der Reichweite eines mittleren Lokalradios entspricht.

Für Hetzel ist klar: Das Internet ist der Verbreitungsweg der Zukunft und ermöglicht eine viel genauere Ansprache der jeweiligen Zielgruppen. Und gerade in diesen Nischen sind Hörer durchaus bereit, Geld für Multimediainhalte auszugeben. Gerade im Bereich des Videos möchte „Bits und so“ noch wachsen. Auch wird überlegt, wie die Nutzer bei einem Produkt, das nicht live ist, mehr miteinander kommunizieren können. Diese Ansätze zeigen, dass hier die klassischen Grenzen von Podcasts ausgeweitet werden. Zur 300. Sendung gab es eine Liveshow in München, die über 500 Hörer aus dem



Timo Hetzel hat mit seinem Podcast-Projekt Erfolg in einer Nische

Foto: Maier

ganzen Bundesgebiet zusammenbrachte. „Bits und so“ zeigt: Radio kann auch ganz anders aussehen und trotzdem viele Menschen erreichen. Ein Nischenbeispiel, das Mut machen kann, neue Wege bei den Übertragungswegen und der Finanzierung zu gehen. ■

Florian Maier

Mit Pionieren des Wandels die Transformation schaffen

Nachhaltigkeit als Thema in den Medien

Klaus Wiegandt ist Aussteiger und Einsteiger zugleich. Ausgestiegen ist der ehemalige Vorstandssprecher der METRO AG (dazu gehören u.a. die *Metro-Märkte*, *Real*, *Media Markt*, *Saturn* und der *Kaufhof*) aus einer Wirtschaft, die täglich neue Bedürfnisse wecken muss und die ihren „Wohlstandszuwachs zu Lasten der Enkel“ produziert. Eingestiegen ist er mit 60 Jahren in seine eigene Stiftung „Forum für Verantwortung“. Damit und mit seiner Bildungsinitiative „Mut zur Nachhal-



Klaus Wiegandt will mit seiner Stiftung die Zivilgesellschaft mobilisieren
Fotos: Ehrhart

tigkeit“ will er die „Zivilgesellschaft mobilisieren“. Mit Publikationen, didaktischen Materialien, Studien und Seminaren möchte er „Handeln statt Resolutionen“ vorantreiben. Denn er ist sicher: „Alles Wesentliche läuft falsch.“ Ein solches Programm war der Workshop für Umweltjournalisten in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing.

Abgegriffenes Modewort

Wie kann ein so abgegriffenes und oft missverständenes und missbrauchtes Modewort und Thema wie Nachhal-

tigkeit journalistisch noch vermittelt werden? Das Seminar bot gleichermaßen ökologisches Basiswissen wie journalistisches Handwerkszeug für die tägliche Praxis in den Redaktionen. Wiegandt ist überzeugt: „Ange-



sichts eines ungehemmten Bevölkerungswachstums und der Tatsache, dass in den nächsten 20 Jahren allein in Asien drei Milliarden Menschen am Wohlstand teilhaben wollen, müssen wir umsteuern. Wenn wir weiter ‚business as usual‘ betreiben, hat das dramatische Folgen für Rohstoffe und Energie.“

Für ihn liegt die Lösung der Zukunftsprobleme in einer „dramatischen Verringerung des Energie- und Rohstoffverbrauchs.“ Ein Minus von 50 Prozent wäre nötig, um den Entwicklungs- und Schwellenländern Spielräume zu schaffen für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse.

Aber warum gibt es keine Ansätze für deutliche Kurskorrekturen? Für den ehemaligen Spitzenmanager Wiegandt liegen die Gründe auf der Hand: Die Bevölkerung ist zu wenig informiert und aufgeklärt über die bedrohliche Lage und wählt deshalb Politiker schnell ab, die die nötigen Veränderungen propagieren. Die Mehrheit der

Entscheider in Politik und Wirtschaft setze weiter auf Technologie und dynamisches Wachstum. Wer das Spiel nicht mitmache, fliege mit zu hohen Preisen aus dem Markt. So kommt es auch zu keiner Änderung der aktuel-

len Verschwendungspolitik in den Industrieländern. Und schließlich stehe Bevölkerungspolitik überhaupt nicht auf der globalen Agenda.

Ökologisch falsche Preise

Die Preise für Nahrungsmittel und Konsumgüter wie Kleidung seien ökologisch falsch, weil der Verbrauch von Naturgütern und Transportkosten nicht eingerechnet und stattdessen über Steuern der Allgemeinheit aufgebürdet werde. Beispiele für diesen Wahnsinn gibt es zuhauf: die italienischen Schuhe, die von der Kuhhaut bis zum fertigen Schuh mehrmals um den Globus geschickt werden oder die Nordseekrabben, die zum Pulen quer durch Europa nach Marokko und wieder zurück gekarrt werden. Es gibt Berechnungen, wonach ein Big Mac von McDonald's ökologisch korrekt 200 Dollar kosten müsste – statt zwei Dollar. „Am Markt wären heute nicht einmal 20 Dollar durchsetzbar. Ein



Weltkonzern und eine Geschäftsidee würden zusammenbrechen“, sagt Wiegandt. Schuld gibt er auch der Gier und den immer noch weit überzogenen Renditeerwartungen. Sie hätten die globale Finanzkrise ausgelöst, deren Wirkung der größte Feind aller Anstrengungen zur Nachhaltigkeit sei.

Ferntourismus einstellen

Was ist zu tun? Vernünftiges Handeln auf einen Schlag ist nicht realistisch und auch nicht sinnvoll, weil es das Bruttoinlandsprodukt sofort um 30 Prozent sinken lässt. Wiegandt hat ein mittelfristiges Maßnahmenpaket parat: Der Ferntourismus müsse eingestellt werden. Autos müssten länger gefahren und elektronische Geräte wie Handys und Laptops länger genutzt werden. „Der ständige Modellwechsel muss ein Ende haben“, fordert Wiegandt. Das setze aufgeklärte und rationale Verbraucher – gerade unter der Jugend – voraus. Investitionen in den Klimaschutz, ein Stopp des Abholzens der Regenwälder sowie der Erhalt der Artenvielfalt sind weitere Punkte seines Programms.

„Wir müssen den Diskurs führen: Was ist gutes Leben? Was ist wirklich Lebensqualität? 30 Prozent unseres Wirtschaftswachstums haben damit nichts

zu tun“, sagt der ehemalige Metro-Manager. Diesen Diskurs will er mit seiner Stiftung anstoßen, um ein Umdenken und den nötigen langfristigen Strukturwandel zu ermöglichen.

Grüner Thementrend

Gute Chancen, dafür Öffentlichkeit zu gewinnen, sieht der Umweltjournalist Torsten Schäfer. „Es gibt einen grünen Thementrend in den Medien“, sagt er. Schäfer sieht das Problem, dass Nachhaltigkeit ein abgegriffener und missverständlicher Begriff ist. Er rät dazu, ihn am besten zu vermeiden und stattdessen mit Personalisierung, Emotionalisierung und Individualisierung zu füllen: „Beziehungen und Gefühle zwischen Menschen bewegen.“ Sie müssten im Mittelpunkt stehen: Wie lebt eine Familie ohne Plastik? Fleischlose Ernährung (200 Gramm Rindersteak brauchen zur Produktion 14 000 Liter Wasser – was bedeutet das für Weideflächen in Südamerika?)

Schäfer, der lange für die Zeitschrift GEO gearbeitet hat und jetzt an der Hochschule Darmstadt Wissenschaftsjournalisten ausbildet, arbeitet gerne mit dem „Trojaner-Prinzip“: „Nachhaltigkeit in der Überschrift vermeiden, stattdessen das Thema in Geschichten über Menschen verste-

cken und damit den Leser überraschen.“ Er schlägt den Perspektivenwechsel vor („Warum nicht mal aus Sicht der Kakerlake schreiben?“). Oder die Geschichte eines Produkts vom Rohstoff bis zum Laden – T-Shirts und Jeans. Journalistische Selbstversuche (z.B. nur ökologisch korrekte Textilien kaufen) seien ebenfalls gute Transportmittel für bewegende Geschichten, die das Thema Nachhaltigkeit einer breiten Öffentlichkeit näher bringen und vielleicht zum Umdenken anregen.



Silvia Liebrich setzt bei Nachhaltigkeit auf Personalisierung und Emotionalisierung

Landraub als Politikum

Auf die Bedingungen im täglichen Nachrichtengeschäft wies die Wirtschaftsredakteurin der Süddeutschen Zeitung, Silvia Liebrich, hin: Platz und Zeit. Hungerkatastrophen in Afrika seien nun mal eine günstige Zeit, um für bestimmte Themen zu sensibilisieren. Auch sie setzt bei ihren Geschichten auf Personalisierung und Emotionen: „Um das Politikum des Landraubs zu verstehen, sind Geschichten über Vertriebene und Opfer dieser Gewinnmaximierung wichtig.“

Liebrich wies auch auf die manchmal schwierige Quellenlage bei Recherchen hin. Nicht überall sitzt ein Korrespondent und kann aus erster Hand berichten. Und nicht nur Investoren erzählen interessengeleitete Geschichten: „Auch die Informationen von Menschenrechtsorganisationen und



Zeichnung: Mester



anderen NGOs sind manchmal mit Vorsicht zu genießen und brauchen die Gegenrecherche.“ Und die braucht wieder Zeit und verlässliche Quellen.

Menschengemachtes Massenaussterben

Hannes Petrischak ist Biologe und arbeitet als Geschäftsführer für Wiegandts Stiftung „Forum für Verantwortung“. Er zeigte, dass das System Erde aktuell so stark wie nie zuvor vom Menschen geprägt werde und deshalb vom Anthropozän gesprochen werden könne. Derzeit erleben wir das sechste Massenaussterben in der Erdgeschichte – und das sei vom Menschen ausgelöst. Bei ungebremsstem Klimawandel müsse man bis 2050 mit einem Rückgang der Artenvielfalt um bis zu 37 Prozent rechnen. Eine Erholung davon sei erst in fünf Millionen Jahren möglich.

Petrischak sieht „Kipp-Punkte“ bei der gegenwärtigen Entwicklung: Die Vertiefung von Ungleichheiten auf der Welt mit entsprechenden sozialen Folgen wie Armut und Hunger. Beide führen zu erhöhter Migration in die noch intakten Gebiete. Die wiederum führe zu struktureller Gewalt und „Klimakriegen“. Schließlich seien in hochentwickelten Industrieländern die Sicherungssysteme bei extremen Wetterereignissen wie Wirbelstürme und Überschwemmungen in Gefahr. Hurrikan Katrina habe dies 2005 in den USA deutlich gemacht.

Keine Alternative zur Sonnenenergie

Mit Fakten zum Klimawandel wartete Hartmut Graßl auf. Der langjährige Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie machte deutlich, dass das Zwei-Grad-Klimaziels nur erreichbar sei, wenn auf die Nutzung fossiler Brennstoffe verzichtet werde. Bei Heizung und Auto sei das machbar. Aber ohne Lösung sind der Flug sowie der Güterverkehr auf der Straße. Für Graßl scheidet die Sonne als Ursache der Erwärmung aus: „Das sind die langlebigen Treibhausgase.“ Die Folge: „Die Winter werden nasser, die

Sommer trockener.“ Das Anzapfen der Sonnenenergie sei die einzige Möglichkeit, die Energieversorgung ohne fossile Brennstoffe zu sichern. „Biogas ist es sicher nicht“, sagte Graßl.



Hartmut Graßl: „Die Sonne ist nicht Ursache der Erderwärmung“

Für die Bewältigung der gravierenden Zukunftsprobleme und die „Große Transformation“ von der fossilen zur post-fossilen Wirtschaftsweise braucht es nach Ansicht von Inge Paulini einen „gestaltenden Staat“. Sie ist Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Umweltveränderun-

gen“. Dieser starke Staat müsse Klimaschutzgesetze verabschieden und für einen angemessenen Preis von Kohlendioxid-Emissionen sorgen. Diese Herausforderungen könnten nur europäisch und global angegangen werden. Eine energiearme Stadtentwicklung sei ebenso nötig wie Einspeisevergütungen für Solaranlagen. Die Politik stehe unter einem hohen Zeitdruck: Bis 2020 müssten entscheidende Weichenstellungen vollzogen sein.

Um diese Entwicklung voranzutreiben, brauche man „Pioniere des Wandels“, die als Motoren die Transformation vorantreiben. Ein neuer Gesellschaftsvertrag sei nötig, um die Kernfragen des zukünftigen Zusammenlebens zu klären. Der Staat solle aktiv Prioritäten setzen und dafür im Gegenzug verstärkt Beteiligungsrechte für die Bürger anbieten, sagte Paulini. ■

Michael Schröder

Linktipps:

<http://www.forum-fuer-verantwortung.de/>
<http://www.euroreporter.de/>
<http://www.mpimet.mpg.de/>
<http://www.wbgu.de/>



Dürrekatastrophen können zu Klimakriegen führen

Foto: wikimedia

Realitäten und Visionen

Arbeitsmarktflexibilität in der Europäischen Union

Spanische Elektriker in Nürnberg, griechische Erzieherinnen in München – ohne flexible Arbeitsmärkte, so die Theorie, funktioniert das Modell der europäischen Wirtschaft nicht. Wie flexibel sind die Märkte wirklich? In der Akademie diskutierten Experten über die Zukunft der europäischen Währungsunion und die Aussichten auf den Arbeitsmärkten.

Ein zentrales Kriterium für optimale Währungsräume ist nach den Worten von Herbert Brücker eine hohe Mobilität der Arbeitskräfte. Der Experte vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in Nürnberg (IAB) berief sich dabei auf die Lehre von Robert A. Mundell, der vor 14 Jahren hierfür den Nobelpreis erhalten hatte. Der kanadische Volkswirt sah flexible Arbeitsmärkte als eine wesentliche Vorausset-

Zuwanderung nach Deutschland

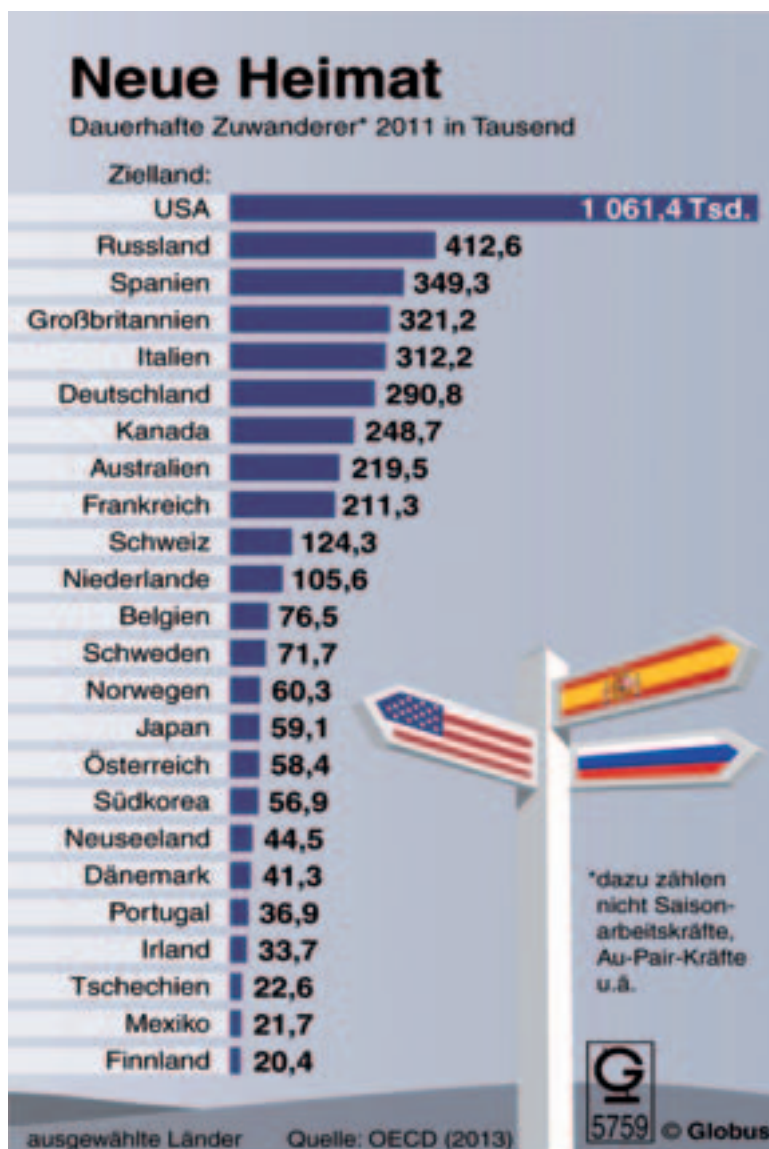
Haben die Eurokrise und die EU-Osterweiterung die Migration nach Deutschland verändert? Zunächst stellte der Wissenschaftler aus Nürn-

berg fest, dass sich die Bedingungen für die Zuwanderung nach Deutschland verbessert haben. Dagegen hätten sich die in alternative Zielländer wie Italien, Spanien oder Griechenland aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise verschlechtert. In den bisherigen Analysen werde diese Sachlage aber nicht oder zu wenig berücksichtigt, kritisierte Brücker. Er sprach deshalb von einem „Umlenkungsphänomen“: Demnach sei die Zahl der Migranten in Deutschland um 78 Prozent gestiegen, weil sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in anderen Ländern verschlechtert hätten. ▶



Herbert Brücker: „Es kommen bevorzugt die besser qualifizierten Migranten“ Fotos: Ehrhart/Zerbel

zung für die Funktionsfähigkeit optimaler Währungsräume an. Brücker stellte jedoch fest, dass die regionale Arbeitsmobilität in der Europäischen Union im Vergleich zu den USA niedrig sei. So habe die Nettozuwanderung aus den südeuropäischen Krisenstaaten nach Deutschland im Jahr 2011 nur bei 37 000 Personen gelegen. 2012 waren es 58 000. Eine sehr viel höhere Zuwanderung käme aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten: 2011 rund 161 000 Zuwanderer, im vergangenen Jahr rund 220 000.



„Die Rechnung, hohe Arbeitslosigkeit bewirke eine hohe Migration, geht nicht immer auf“, warnte Brücker. In Griechenland sei das zwar der Fall, nicht aber in Rumänien. Langfristig geht der Forscher nicht davon aus, dass Zuwanderung nach Deutschland auf einem solch hohen Niveau gehalten werden kann.

Die Entwicklung sei künftig abhängig von der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland und der Stabilisierung der Krisenländer. Während noch vor einigen Jahren vor allem Geringqualifizierte nach Deutschland einwanderten, gäbe es nun einen neuen Trend, so Brücker. Mittlerweile kämen bevorzugt die Besserqualifizierten. In den Jahren zwischen 2000 und 2009 sei der Anteil der Hochschulabsolventen unter den Neuzuwanderern von 20 auf 44 Prozent gestiegen, ein Großteil von ihnen stamme aus Europa.

Von einem „Brain Drain“ will Brücker aber nicht sprechen. Nach seiner Ansicht investierten potentielle Migranten mehr in Bildung als früher. Migrationsanreize könnten also zu steigendem Humankapital führen. Ausnahmen bildeten lediglich Rumänien und Bulgarien. Generell seien positive Effekte zu einem späteren Zeitpunkt zu erwarten, sollte es nach einigen Jahren zu einer Rückwanderung in die Heimatländer kommen.

Nettogewinn

Migranten konkurrieren auf dem deutschen Arbeitsmarkt vor allem untereinander, erklärte Brücker. Damit räumte er mit dem alten Vorurteil auf, ausländische Fachkräfte nähmen Deutschen die Arbeit weg. Die Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt sieht der Nürnberger Experte auch langfristig als neutral an. Generell sei die Migration in Europa sehr unstetig. „Es ist fraglich, ob die Zuwanderung nach Deutschland langfristig einen ausreichenden Beitrag zur Begrenzung der Problematik des demographischen Wandels leisten wird“, so der IAB-Forscher. In den Herkunftsländern habe die Abwanderung von Hochqualifizierten zwar negative, in Deutschland und anderen Zielländern jedoch posi-

tive volkswirtschaftliche Effekte. „Aus europäischer Perspektive ergibt sich jedoch ein Nettogewinn“, sagte Brücker. Sein Fazit: Die Arbeitslosigkeit ist niedriger und der Wohlstand höher als ohne Mobilität.

Die Zukunft des Euro

Hat die europäische Währungsunion eine Zukunft? An dieser Frage entzündete sich eine lebhafte Diskussion zwischen Ansgar Belke von der Universität Duisburg und Heiner Flassbeck, Chefvolkswirt der UNCTAD in



Ansgar Belke gibt dem Euro eine langfristige Perspektive

Genf. Belke sieht die vielfältigen Euro-Rettungsaktionen positiver und gibt der Währungsunion eine langfristige Perspektive. Flassbeck sieht die Lage durchweg kritisch. Vor allem die einseitige Sparpolitik in den Südländern hielt er für schädlich, denn es fehlten jegliche positive gesamtwirtschaftlichen Impulse, um diese Länder aus der tiefen Rezession herauszuführen, zumal Deutschland eine markante Erhöhung seiner Löhne verweigere. Unter solchen Umständen wäre für die EU-Südländer ein Austritt aus der Währungsunion mit einer starken Abwertung sinnvoller.

Während Belke im Zypern-Beschluss ein wichtiges Zeichen sah, wie künftig mit dem Bankenproblem in Europa umzugehen sei, betonte Flassbeck, wie schwierig es für kleinere Länder sei, sich im Währungsverbund zu behaupten. Entscheidend seien aber die EU-Kernländer: „Wenn in Italien und

Frankreich die Lohnstückkosten nicht sinken, dann bricht die Währungsunion auseinander“, so die These Flassbecks. Belke plädiert indes für eine verbesserte Kapitalverkehrskontrolle. „Es muss klar sein: Wer die Euro-Zone nicht verlassen will, für den sind die Bedingungen hart.“

Kein Patentrezept

Doch wenn Sparen allein nicht hilft, die Währungsunion und insbesondere die EU-Südländer zu retten, wo und wie könnten Wachstumsimpulse



Heiner Flassbeck kritisiert die Euro-Rettungspolitik

initiiert werden? Diese Frage versuchte Lars Feld, Leiter des Walter Eucken Instituts und Mitglied des Sachverständigenrats, zu beantworten.

Seine erste These: An einer Konsolidierungspolitik führe nichts vorbei, denn die Gläubiger müssten überzeugt werden, dass sie ihr Geld zurückbekämen, sonst drohe ein Finanzierungsstopp und letztlich die Staatspleite. Wenn die Lohnstückkosten gesenkt und Strukturreformen in Richtung Exportwirtschaft eingeleitet werden, dann kann die Auslandsnachfrage (d.h. Exportsteigerungen) expansiv wirken. Bestes Beispiel hierfür sei Irland, das schon weitgehend über den Berg sei. Die Lage in Griechenland, Spanien und Portugal gestalte sich weitaus schwieriger, obwohl auch dort gewisse Anpassungsprozesse zu beobachten seien. Es gebe also kein Patentrezept, das für alle Länder gelten könne.



Lars Feld verteidigte den Vorschlag des Sachverständigenrats, europaweit einen Schuldentilgungspakt einzuführen. Eine damit einhergehende Vergemeinschaftung eines Teils der Staatsschulden sei in diesem Modell an strikte mittel- und langfristige Sparprogramme geknüpft, welche die Glaubwürdigkeit in die Tragfähigkeit der Schuldenbedienung sowie in das langfristige Überleben der Währungsunion erhöhen würden. Niedrigere Zinslasten und ein größerer Spielraum für Wachstumsimpulse wären die Folge. Dieser vom Europäischen Parlament unterstützte Vorschlag stößt jedoch auf strikte Ablehnung der Bundesregierung. Auch bei den Bürgern und anderen EU-Ländern ist er nicht sonderlich beliebt.

Unterschiede nehmen zu

Am Beispiel Westeuropas erläuterte Ulrich Walwei vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg (IAB), dass die europäischen Arbeitsmärkte in einem stetigen Prozess des Wandels sind. Anstatt zu konvergieren, nähmen die Unterschiede in der Beschäftigungslage in den letzten Jahren seit der Krise erheblich zu. Dies sei nicht nur der konjunkturellen Lage geschuldet, sondern der unterschiedlichen Struktur der Arbeitsmärkte. Kann man von den einzelnen Ländern etwas lernen? Ist es möglich, von der europäischen Ebene die weitgehend in nationaler Kompetenz liegende Arbeitsmarktpolitik zu beeinflussen?

Die EU hat die sogenannte „Offene Methode der Koordinierung“ (OMK) entwickelt, die aus Walweis Sicht eine Alternative zu einer gemeinschaftlichen (nicht existierenden) Beschäftigungspolitik sei. Sie befasse sich mit der Entwicklung von Beschäftigungsleitlinien, die die Mitgliedsländer in nationale Aktionspläne umsetzen und die jährlich der zuständigen Generaldirektion der EU-Kommission vorgelegt werden. Als wichtige Schlüsselemente der OMK sieht Walwei zunächst die Subsidiarität. Durch sie bleibe die Beschäftigungspolitik in

nationaler Verantwortung. Ein weiteres Prinzip sei die Konvergenz, d.h. durch eigene Reformen und Anstrengungen der Länder, die Leistungsfähigkeit der gesamten Union zu erhöhen.

Wesentliches Element sei auch das gegenseitige Lernen, d.h. erfolgreiche Beispiele und Initiativen sollten übernommen werden. Wichtig sei zudem, ein integriertes Konzept zu verfolgen, d.h. nicht nur Arbeitsförderung, sondern auch strukturelle Reformen zu verfolgen. Abschließend sei die Zielsteuerung anzustreben, indem Fortschritte durch Benchmarking sichtbar gemacht würden. Leider funktioniert

forderungen für den deutschen Arbeitsmarkt bestünden allerdings derzeit vor allem im Fachkräftemangel.

Sind die europäischen Sozialsysteme fit für die aktuelle Krise? Der Befund von Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ist eindeutig: Die europäischen Sozialsysteme sind nicht darauf vorbereitet, eine solche Krise abzufedern! Die Arbeitslosenzahlen würden massiv in den europäischen Krisenländern insbesondere des Südens steigen und die soziale Absicherung sei dort gering. Armut und soziale Gegensätze würden deshalb drastisch zuneh-



Brüsseler Spitze

Zeichnung: Tomicek

das Konzept bisher nur unzureichend, obwohl man eine stärkere Straffung und EU-Überprüfung vereinbart hatte.

Fachkräftemangel

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich – so Walwei – im Vergleich zu anderen europäischen Ländern in einer robusten Verfassung: Gründe dafür seien die hohe Wettbewerbsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes, eine lange Phase zurückhaltender Lohnpolitik, die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 unter Bundeskanzler Schröder und ein hohes Maß an betriebsinterner Flexibilität. Die aktuellen Heraus-

men und in der Folge steige der politische Widerstand. Damit seien auch die makroökonomisch stabilisierenden Wirkungen der Sozialpolitik auf die individuelle und gesamtwirtschaftliche Nachfrage gering.

An einen Ausbau der Sozialsysteme sei in der akuten Krise mit ihren Sparmaßnahmen jedoch nicht zu denken. Zusätzlich schränke der demografische Wandel eine Erhöhung der Transferleistungen ein. Akut gehe es vor allem darum, durch Arbeitsmarktreformen die Beschäftigungsaufnahme zu fördern. ■

Anna Ehrhart / Wolfgang Quaisser /
Miriam Zerbel

Strategiemix bei der europäischen Sicherheitspolitik

Tagung in Brüssel offenbart Entwicklungs- und Verbesserungsbedarf

Vor allem seit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon nimmt die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union eine immer gewichtigere Rolle im Alltagsgeschäft in Brüssel ein und gewinnt auch in den EU-Mitgliedstaaten zunehmend an Bedeutung. Zeit also für eine intensive Schulung.

Mehr als 70 EU-Diplomaten, Offiziere von Armee und Polizei aus verschiedenen europäischen Staaten sowie Beamte aus dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und dem Rat der EU folgten einer Einladung der Akademie und des European Security and Defence College (ESDC) nach Brüssel. Ebenfalls nahmen Diplomaten der Ständigen Vertretungen von Australien, Indonesien, Jordanien, Kanada und Südafrika bei der EU in Brüssel sowie Studierende der Universität Innsbruck an dieser Fortbildungsveranstaltung zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU teil.

Beinahe 30 Referenten führten die Teilnehmer in die verschiedenen planenden und durchführenden Institutionen und Entscheidungsmechanismen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ein und diskutierten die dabei auftretenden Schwierigkeiten kritisch mit den Teilnehmern.

Brigadegeneral Walter Huhn vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) in Brüssel gab zum Auftakt einen Überblick über den aktuellen Stand der Debatte in Hinblick auf die GSVP. Freilich bestünden in vielen Bereichen der Planung und Durchführung, die sich vor allem in den zahlreichen zivilen Missionen und Operationen der EU zeigen, ein stetiger Entwicklungs- und Verbesserungsbedarf. Dennoch könne resümiert werden, dass gerade die Impulse durch den Vertrag von Lissabon und durch den Aufbau des Leitungsorgans der GASP/GSVP, dem EAD, zu

großen Fortschritten in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik geführt hätten.

Piratenbekämpfung

Im Laufe des Kurses wurden verschiedene Schwerpunkte gebildet, um der Breite und Komplexität dieses Politikbereiches gerecht zu werden. So berichtete etwa Kapitän zur See Helmut von Schröter vom EU-Militärstab über das Krisenmanagement der EU, das heute zivile, militärische und entwicklungspolitische Ansätze miteinander verbindet. Unterstützt wurde er von Commander John Kirkup, der im britischen Northwood die ATALANTA-Mission zur Bekämpfung der Piraterie vor der somalischen Küste koordiniert, sowie von Commandant Séan Murphy, der für die Ausbildung somalischer Truppen in Uganda im Rahmen der EU-Mission zuständig ist.

Auf die Frage des Tagungsleiters Michael Mayer, welche Folgen die militärische Ausbildung, die sich bedauerlicherweise vor allem auf die südsomalischen Stämme beschränkt, auf längere Sicht für die tribalistisch geprägte fragile Staatlichkeit in Somalia haben könnte, erfolgte der Verweis, dass Angehörige der Streitkräfte nicht für derartige politische Überlegungen zuständig seien.

Neben einer Reflektion der Ziele der EU-Missionen und Operationen sowie Diskussionen über deren Herausforderungen wurden in diesem Rahmen auch Fragen wie Menschenrechte, Geschlechterpolitik oder Antikorruptions-

strategien thematisiert. Dies ist ein wesentliches Merkmal der europäischen Außenpolitik, wie Tagungsleiterin Anja Opitz betonte: Die EU verstehe sich als unterstützender globaler Akteur für „Stabilität, die Förderung von Menschenrechten und Demokratie und die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und verantwortungsbewusster Regierungsführung“.

Hierbei verfolgt die EU außenpolitisch einen Strategiemix, der konzeptionell durch den *Comprehensive Approach* beschrieben wird. Es handelt sich dabei um einen integrierten und ressortübergreifenden Ansatz der EU zur Krisenintervention. Das Konzept geht davon aus, dass politische, militärische, wirtschaftliche oder soziale Krisen weltweit nur dann sinnvoll entschärft werden können, wenn zivile, diplomatische, entwicklungspolitische und – wenn nötig – militärische Lösungsansätze nachhaltig ineinander greifen. Dabei waren sich sowohl Referenten als auch Teilnehmer einig darüber, dass zwar die Umsetzung des *Comprehensive Approach* in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte gemacht hat, aber auch hier noch immer zwingende Koordinierungsnotwendigkeiten zwischen den verschiedenen zivilen und militärischen Stäben der EU bestehen.

Überraschend war jedoch insgesamt die Einigkeit der Teilnehmer aus beinahe allen EU-Mitgliedstaaten über die in der Zukunft einzuleitenden Schritte. Europa ist sich also in dem zentralen Feld der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einiger, als man dies von außen glauben würde. Wenn dies schon in diesem hochsensiblen Sektor möglich ist, dann sollte man sich um die Felder der Wirtschafts- und Finanzpolitik deutlich weniger Sorgen machen, als dies aufgeregte Medien und Stammtische mit ihren Untergangsszenarien weiszumachen suchen. ■

Michael Mayer / Anja Opitz

Welches Europa soll es sein?

Durch die Turbulenzen in der Währungsunion hat die Diskussion über die weitere Entwicklung Europas eine neue Dimension erreicht. Sollte man die europäische Integration vertiefen oder zurückbauen, die EU noch mehr erweitern oder wieder verkleinern? Eine Tagung mit der Bundeszentrale für politische Bildung widmete sich den Grundlagen und aktuellen Fragen.

„Die juristische Konstruktion der EU bedeutet für alle Mitgliedstaaten eine Herausforderung“, stellte der Bayreuther Europarechtler Jörg Gundel seinen Ausführungen voraus. Die EU sei kein Bundesstaat, die einzelnen Mitgliedsländer blieben souveräne Staaten. Allerdings stellen die EU-Verträge an die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten besondere Anforderungen: Das EU-Recht ist unmittelbar in den Staaten verbindlich und genießt Vorrang gegenüber dem nationalen Recht. Auf diese Weise lässt sich, so Gundel, der Integrationsprozess im Detail auf eine Weise ausgestalten, die der einzelne Staat nicht steuern kann.

Anhand des Lissabon-Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2009 erklärte Gundel die Möglichkeiten und Grenzen der Vergemeinschaftung, so wie sie das Bundesverfassungsgericht formuliert hat. Das Gericht habe mit seiner detailfreudigen Aufzählung von „staatlichen Hausgütern“ ein „richterrechtliches Stoppchild“ der Integration errichtet.

Europa unter Dauerstress

Darin sieht Gundel jedoch eher nur ein theoretisches Hindernis einer weiteren Integration. In der derzeitigen politischen Großwetterlage sei unter den jetzt 28 Mitgliedstaaten kaum ein vertragsfähiger Konsens über die Ausrichtung einer Vertiefung zu erzielen.

„Es war schon immer mal schwierig“, rief Barbara Lippert von der Stiftung Wissenschaft und Politik ins Gedäch-

nis. Nicht zum ersten Mal stünde Europa unter einer Art Dauerstress. Bei der Frage der Erweiterung der Kooperation in Europa trifft man immer wieder auf das „ewige Ringen“ zwischen Effektivität und Legitimität, so die Wissenschaftlerin und Politikberaterin. Lippert betonte, dass die EU sowohl intergouvernemental als auch

Rolf Caesar am Beispiel des Euro. Auf der einen Seite könne die Euro-Rettung eine unendliche Geschichte sein, indem man das Rettungsinstrumentarium ausweite. Caesar erörterte dabei das Für und Wider der Erweiterung des fiskal- und geldpolitischen Instrumentariums und einer Stärkung politischer Kompetenzen der EU-Organen.

Konsequente Kontrolle

Auf der anderen Seite diskutierte Caesar eine „endliche Geschichte“, nämlich einen Abschied von der derzeitigen Eurozone. Ein Austritt von Krisenländern wie Griechenland würde



„Bitte eintreten!“

Zeichnung: Tomicek

supranational geprägt sei. „Vertrauen wir als Staatsbürger eher dem Europäischen Parlament oder Frau Merkel im Europäischen Rat?“, fragte sie. Das Europäische Parlament habe seine Kompetenzen zwar erweitern können. Aber die zweite große Institution, der Europäische Rat mit den Staats- und Regierungschefs, sei im Moment das „Superorgan“ der EU.

Die Spannweite, wie Europa mit einem Problem umgehen kann, erörterte der Hohenheimer Finanzwissenschaftler

hohe Kosten verursachen, allerdings seien eine Verbesserung der Leistungsbilanz und Wachstumseffekte zu erwarten. Caesar hob bei allen ökonomischen Erwägungen hervor, dass der Euro ein primär politisches Projekt sei. Mit Blick auf den Konsens von Maastricht plädierte Caesar, die Glaubwürdigkeit der „No-Bail-Out“-Klausel wiederherzustellen und finanzielle Hilfsmaßnahmen konsequent zu kontrollieren. ■

Gero Kellermann

Das Auswärtige Amt unter der Nazi-Herrschaft

Überraschendes Ergebnis bei Debatte um Verstrickung in den Holocaust

Selten verursacht ein wissenschaftliches Buch solch einen Wirbel, wie das die Studie der Historikerkommission über „Das Amt und die Vergangenheit“ im Jahr 2009 getan hat. Nicht nur Fachwissenschaftler, auch die Öffentlichkeit debattierte lebhaft über die Rolle des Auswärtigen Amts in der NS-Diktatur. Bei unserer Tagung trafen nun erstmals Vertreter der Kommission und ihre wichtigsten Kritiker zusammen.

Unter Historikern fand in den letzten Jahren eine intensive und heftige Diskussion über konzeptionelle Schwächen, inhaltliche Fehler und falsche Interpretationen der Studie statt. Doch bisher fand keine direkte Begegnung der wichtigsten Kontrahenten statt, man hatte sich vielmehr in den Medien und den Fachzeitschriften eher übereinander ausgelassen, als miteinander zu diskutieren.

Die Tagungsleiter Michael Mayer von der Akademie und Johannes Hürter vom Institut für Zeitgeschichte in München hatten die Veranstaltung so strukturiert, dass über diejenigen Teile der Studie gesprochen wurde, die nur sehr lückenhaft behandelt wurden, darunter die Außenpolitik und die Personalpolitik des Auswärtigen Amts (AA).

Die wohl wichtigste Sektion beschäftigte sich mit der Involvierung des AA in die NS-Verbrechen. Über diese Frage war auch am heftigsten innerhalb der Historikerschaft gerungen worden. Die Debatte betraf vor allem drei Thesen der Historikerkommission: 1. Das Auswärtige Amt sei maßgeblich in den Entscheidungsfindungsprozess zum Holocaust einbezogen gewesen. 2. Der Holocaust sei durch Initiativen des AA entscheidend vorangetrieben worden. 3. Zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichssicherheitshauptamt, das die Federführung bei der „Endlösung der Judenfrage“ innehatte, habe ein Verhältnis auf „Augenhöhe“ bestanden.

Die Historikerdebatte brachte dann aber Erstaunliches zutage. Die Schärfe der Debatte, die persönlichen Angriffe und Polemiken waren verschwunden.

Inhaltlicher Fortschritt

Man sprach wieder miteinander und ließ sich auf wissenschaftliche Argumente ein. Auf der Konferenz wurde sogar – eigentlich eher ungewöhnlich für wissenschaftliche Tagungen – ein wirklicher inhaltlicher Fortschritt erreicht.



Magnus Brechtken widerlegte die These eines Verhältnisses von Auswärtigem Amt und Reichssicherheitshauptamt auf Augenhöhe

Martin Kröger vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amts etwa präsentierte neue Forschungsergebnisse zur Personalstruktur im Gehobenen und Höheren Dienst des AA.

Georges-Henri Soutou von der Pariser Sorbonne wiederum wagte sich an einen Vergleich der Außenministerien

in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich und zeigte dabei Problemlagen der Diplomatie in Diktaturen auf.

Mit diesen und weiteren Vorträgen wurde die Grundlage gelegt, bevor die Sektion begann, die sich dem heftig umstrittenen Thema widmete: „Das Auswärtige Amt und die NS-Verbrechen“.

In seinem Vortrag widerlegte Magnus Brechtken vom Institut für Zeitgeschichte die These eines Verhältnisses von Auswärtigem Amt und Reichssicherheitshauptamt auf Augenhöhe. Zugleich forderte er eine umfassende Geschichte des Auswärtigen Amts: „Eine solche integrierte, multi-perspektivische, kulturwissenschaftlich informierte, methodisch und inhaltlich den aktuellen Forschungsstand reflektierende Studie ist gleichermaßen ein Desiderat und eine spannende Herausforderung; vielleicht vermag diese Konferenz eine solche Arbeit anzuregen.“

In einem nächsten Schritt untersuchte Michael Mayer die Rolle der Deutschen Botschaft Paris bei der NS-Unrechtspolitik im besetzten Frankreich. Mayers Fazit widerspricht dabei dem Ergebnis der Studie, die dem Auswärtigen Amt im Entscheidungsfindungsprozess zum Holocaust eine „entscheidende Rolle“ zuweist: „In keinem anderen besetzten Gebiet hatten die Vertreter des Auswärtigen Amts eine derart zentrale Rolle bei der Umsetzung des Holocaust wie in Frankreich.“ Dennoch müsse die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben: „Das Auswärtige Amt war tief in dieses Menschheitsverbrechen verstrickt, das federführend vom Reichssicherheitshauptamt umgesetzt wurde. Doch weder im Deutschen Reich noch im besetzten Frankreich wurde der Holocaust vom Amt initiiert oder entscheidend vorangetrieben“, sagte Mayer.



Als Mitglied der Unabhängigen Historikerkommission nahm Moshe Zimmermann von der Universität Jerusalem die Gegenposition zur Argumentationslinie von Brechtken und Mayer ein. Dennoch rückte er gleich zu Beginn seines Vortrags von der von ihm zuvor in der Studie „Das Amt“ vertretenen These ab: „Es gibt mehrere Schattierungen von Grau, aber es ist klar, dass die Haupttäter des Holocaust größtenteils außerhalb des Auswärtigen Amts zu finden sind.“

Antisemitismus im Amt

Dennoch habe es bei den meisten AA-Mitarbeitern jener Zeit einen durchdringenden und radikalen Antisemitismus gegeben: „Es gab keine Reaktion der Beamten wie ‚Diese Lösung der

In einer abschließenden Podiumsdiskussion zogen Eckart Conze, Johannes Hürter, Michael Mayer, Hans Mommsen und Moshe Zimmermann Bilanz mit der Frage: „Was bleibt von der Debatte über ‚Das Amt‘?“

Wichtige Anstöße

Conze betonte dabei die wichtige Diskussion, die durch das Buch angestoßen worden sei. Diese habe bedeutende neue Forschungen nach sich gezogen. Hürter wiederum kritisierte, dass die Studie nicht den selbst formulierten Anspruch erfüllt hätte, eine systematische Gesamtdarstellung der Geschichte des Auswärtigen Amts im Dritten Reich und der Bundesrepublik zu liefern: „Sie sind zu kurz gesprungen!“ Er forderte zugleich im Hinblick

nativen die Mitarbeiter des Auswärtigen Amts im Dritten Reich gehabt hätten, und schlug als Titel für eine Neuausgabe des Buches vor: „Hitlers willige Abschirmer“.

Tagungsleiter Mayer zog eine positive Bilanz der Tagung: „Wir sind in unserer Debatte einen gewaltigen Schritt vorangekommen.“ Als derzeitigen Stand der Kontroverse hielt er fest, dass die in den vergangenen Jahren diskutierten grundlegenden drei Fragen nunmehr allesamt mit Nein beantwortet würden:

Ein dreifaches Nein

„Nein, das Auswärtige Amt war nicht maßgeblich in den Entscheidungsfindungsprozess zum Holocaust einbe-



Eckart Conze, Johannes Hürter, Michael Mayer, Hans Mommsen und Moshe Zimmermann (von links) zogen eine positive Bilanz der Debatte

Judenfrage ist nicht akzeptabel’. Der ‚State of Mind’ war eben dieser: Juden sollte man loswerden.“ Überall auf der Welt hätten deutsche Auslandsvertretungen diese antisemitische Politik betrieben. Deshalb zog Zimmermann ein ernüchterndes Fazit: „Es geht nicht um die Haupttäter, sondern um die Menschengruppe, die es am besten anders hätte wissen sollen. Obwohl sie als Diplomaten Kontakt zum Rest der Welt hatten und auch andere Informationen erhielten, unterstützten sie die Ideologie.“

auf die teilweise polemisch geführte Debatte Überlegungen über die Frage, „wie ein solcher Streit künftig vernünftig und mit Sachargumenten ausgetragen werden“ könne. Mommsen hielt fest, dass die Historikerkommission in ihrer Studie zumindest eine Anzahl von Seiten auch den NS-Verbrechen abseits des Holocaust hätte widmen müssen. Zimmermann schließlich zeigte auf, dass die Historikerkommission in ihrem Werk auch gezeigt habe, welche Handlungsalter-

zogen. Nein, der Holocaust ist nicht durch Initiativen des Auswärtigen Amts entscheidend vorangetrieben worden. Nein, zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichssicherheitshauptamt bestand kein Verhältnis auf ‚Augenhöhe‘.“ ■

Michael Mayer

(Siehe Presseschau Seite 33)

Neue GEDOK-Ausstellung in der Akademie

Nun schon zum 24. Mal präsentiert die Künstlerinnen-Vereinigung GEDOK ihre Werke in der Akademie. Zwanzig Frauen beziehen Positionen – mit visuellen und konzeptionellen Arbeiten aus Malerei, Zeichnung und Fotografie.

Von großflächigen farbtintensiven Werken über feine Tuschezeichnungen bis hin zu bearbeiteten und verfremdeten Fotografien beeindruckten die Künstlerinnen mit einer bunten Vielfalt an künstlerischen Techniken und Ausdrucksformen. GEDOK ist die Abkürzung für „Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde e.V.“ und widmet sich seit ihrer Gründung im Jahr 1926 der Förderung künstlerischer Talente von Frauen.

Mit dabei ist auch Katharina Schellenberger aus Landsberg am Lech. Ausgangspunkt ihrer Reihe sind Aufnahmen aus schwarz-weißen

Dracula-Filmen, Porträts der von Dracula gebissenen Frauen. Die Fotografien übermalt Schellenberger mit ihren Fingern, ritzt sie mit dem Skalpell ein und überzeichnet sie mit Tusche und



*Katharina Schellenberger vor ihren Dracula-Frauen
Foto: Zerbel*

Feder. Das fertige Werk wird wiederum abfotografiert und dreifach vergrößert – die Fingerabdrücke der Künstlerin sind nun großflächige Tupfen geworden. „Schon immer sind in meiner Malerei Zerbrechlichkeit und die Unsicherheit des menschlichen Daseins Hauptthemen“, erklärt Schellenberger.

Dieser Schwerpunkt hat auch mit ihrem eigenen Lebenslauf zu tun: Nach einem Mal-Studium in Rom machte sie ihr Staatsexamen in Zahnmedizin und promovierte über Schizophrenie. Kein Widerspruch zu ihrer Arbeit als Künstlerin: „An der Medizin hat mich das Zerlegen von Menschen am meisten fasziniert und im Prinzip mache ich das mit der Malerei auch – den Wesenskern des Menschen aufzudecken.“ ■

*Miriam Zerbel /
Dorothea Wagner*

Bis zum Juni 2014 sind die Werke der Künstlerinnen in den Räumen der Akademie für Politische Bildung zu sehen und natürlich auch zu kaufen. Öffnungszeiten Mo. – Do. 8 – 17 Uhr, Fr. 8 – 14 Uhr.

Sommerlich feste feiern

Die Frage nach der Garderobe beim diesjährigen Gartenfest war leicht zu lösen: Hauptsache luftig – bei Temperaturen um die 30 Grad strahlte die Sonne zum sommerlichen Empfang. Eine willkommene Gelegenheit für die vielen politisch interessierten Gäste, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Die entspannte Atmosphäre in traumhafter Lage am See vermochte auch in diesem Jahr viele Menschen anzulocken, Bundes-, Landes- und Lokalpolitiker, Mitglieder von Kuratorium, Beirat und Förderkreis der Akademie, Journalisten, Wissenschaftler, Diplomaten und viele, die mit politischer Bildung zu tun haben. Die rund 400 Gäste feierten bis tief in die Nacht unter Sternenhimmel und bei Fast-Vollmond.



*Akademiedirektorin Ursula Münch empfangt beim Sommerfest u.a. die Generalkonsuln der USA und Frankreich, Bill Moeller (links) und Emmanuel Cohet
Text und Foto: Zerbel*

Förderung für einen politischen Drehbuchautor

Akademie unterstützt Wolfgang-Kohlhaase-Retrospektive
beim 7. Fünf Seen Film Festival

Die Akademie ist Patin beim 7. Fünf Seen Film Festival im Landkreis Starnberg und unterstützt damit die Retrospektive von sieben Filmen von Wolfgang Kohlhaase. Der Drehbuchautor, Regisseur und Schriftsteller ist Ehrengast des diesjährigen Festivals. Kohlhaase, geboren 1931 in Berlin, gilt vielen „als einer der wichtigsten Drehbuchautoren der deutschen Filmgeschichte“ und manche setzen ihn auf eine Stufe mit Billy Wilder und Erich Kästner.

Akademiedozent Michael Schröder sagte bei der Eröffnungspressekonferenz des Festivals in Starnberg: „Kohlhaase ist ein sehr politischer Autor. Er hat sich in seinen Filmen seit 1953 bis in die Gegenwart immer wieder mit der DDR und der deutsch-deutschen Geschichte auseinandergesetzt. Deswegen liegt es für die Akademie nahe, diese Filmreihe zu unterstützen.“

Schröder betonte, dass die Beschäftigung mit der DDR und ihrer Filmkunst eine gute Tradition in der Akademie habe. Immer wieder seien DEFA-Produktionen in Seminaren gezeigt und Filmgespräche geführt worden. „Wir hatten bereits bei uns zu Gast den

ehemaligen Chefdramaturgen der DEFA, Rudolf Jürschik und die Leiterin des Potsdamer Filmmuseums.“ Seminare zur Verfilmung von Zeitgeschichte seien regelmäßig Bestandteil des Programms der Akademie.

Zahlreiche Preise

Kohlhaase hat zahlreiche Auszeichnungen und Preise bekommen: u.a. den Goldenen Ehrenbären der Berlinale für sein Lebenswerk, den Ernst-Lubitsch-Preis, den Ehrenpreis des Deutschen Filmpreises und das Bundesverdienstkreuz. „Das Gespür für Authentizität in seinen Figuren wie in seinen Geschichten, seine lakonische, sehr ökonomische Sprache und seine



Wolfgang Kohlhaase ist einer der wenigen Filmschaffenden aus Ostdeutschland, die auch nach der Wende im Westen Erfolg hatten

Foto: Inge Zimmermann

feine Ironie sind ein Glücksfall für das deutsche Kino“, hieß es in der Laudatio für Wolfgang Kohlhaase zur Verleihung des Ehrenbären.

In der DDR arbeitete er mit den berühmten DEFA-Regisseuren Konrad Wolf, Kurt Maetzig, Heiner Carow und Frank Beyer zusammen. Nach der deutschen Einheit gehörten die Regisseure Volker Schlöndorff und Andreas Dresen zu seinen Partnern. Kohlhaase ist einer der wenigen ost-deutschen Filmschaffenden, die auch nach der friedlichen Revolution im vereinigten Deutschland erfolgreich blieben.

Immer wieder beschäftigte sich Kohlhaase mit dem geteilten und dann wieder vereinten Berlin und setzte sich intensiv mit dem Nationalsozialismus auseinander.

Während des Festivals sind sieben seiner zahlreichen Filme zu sehen: „Berlin – Ecke Schönhauser“ (1957), „Ich war 19“ (1968), „Solo Sunny“ (1980), „Der Aufenthalt“ (1982), „Die Grünstein-Variante“ (1984), „Die Stille nach dem Schuss“ (2000) und „Sommer vorm Balkon“ (2005). ■

MS



Eröffnungspressekonferenz des Fünf Seen Film Festivals: Michael Schröder (links) im Gespräch mit dem Leiter Matthias Helwig (Mitte) und dem Regisseur Diethard Klante, der seinen Film „Erfurt, 4. Dezember 2010“ vorstellte
Foto: Wagner

Von Öko profitieren

Akademie erhält Auszeichnung für Umweltschutz

Sparen und auch noch die Umwelt schützen – klingt wie die Quadratur des Kreises, ist aber möglich. Das zeigen die vielen Ideen der Akademiemitarbeiter und -mitarbeiterinnen, mit deren Hilfe es gelungen ist, ein Umweltmanagementsystem im Haus einzuführen. Es sorgt für einen geringeren Energieverbrauch und reduziert damit nicht nur Kosten, sondern schont auch die Umwelt.

Ein Jahr lang haben sich die Beschäftigten der Akademie Gedanken gemacht, wo und wie Energie gespart und die Umwelt besser geschützt werden kann. In einer groß angelegten Mitarbeiterbefragung sammelte das siebenköpfige Umweltteam aus allen Abteilungen zunächst Ideen und Anregungen der gesamten Belegschaft. „Dann haben wir gemeinsam überlegt: Was können wir verwirklichen, was ist leicht machbar, was wird komplizierter“, berichtet Verwaltungsleiter Josef Hammerschmid, der das Team leitete. Die Vorschläge kamen aus jedem Bereich des Hauses: von der Hauswirtschaft, über die Verwaltung, der Bibliothek bis zum Dozenten-team. Sie reichten von leicht zu bewerkstellenden Änderungen, wie einem besseren Trennsystem für den haus-internen Abfall bis zur Überlegung, eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Gästehauses und den Dächern sonstiger Gebäude zu installieren.

Alle Abteilungen beteiligt

„Wir wollten etwas für die Umwelt tun und selbst davon profitieren“, bringt es Hammerschmid auf den Punkt. Einen wichtigen Beitrag dazu leisteten auch die Workshops, in de-



Auszeichnung für Umweltmanagementsystem

nen sich acht Unternehmen und Institutionen der Landkreise Starnberg, Weilheim-Schongau sowie Bad Tölz/Wolfratshausen trafen. Externe Experten berieten und betreuten sie ein Jahr lang. Sie dienten zum Erfahrungsaustausch und zur Bildung eines langfristigen Netzwerks. „Dieses Miteinander bringt wirklich etwas“, resümiert

Hammerschmid. „Bei Betriebsrundgängen haben wir von den Maßnahmen der anderen Teilnehmer gelernt.“

Besondere Verpflichtung

Eine besondere Verpflichtung für die Akademie ergibt sich auch aus ihren Aufgaben: „Weil die aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatten zum Thema Umweltschutz auch immer wieder Gegenstand der Bildungsarbeit der Akademie sind, verfolgen wir diese Ziele insbesondere auch im Rahmen unseres gesetzlichen Bildungsauftrages“, heißt es in den von Direktorin Ursula Münch unterzeichneten Umweltrichtlinien.

Einige Ideen sind bereits realisiert, zum Beispiel abschaltbare Steckerleisten in den Büros. Allein davon verspricht sich das Umweltteam Einsparungen in Höhe von rund 200 Euro jährlich. Generell hat sich bei den Stromkosten nach Einschätzung von Hammerschmid bereits eine leichte Senkung von Verbrauch und Kosten bemerkbar gemacht.

Besonders beeindruckte die externen Experten aber, dass die Akademie ihre

Mitarbeiter so stark in den Ökoprofit-Prozess mit einbezogen hat. Künftig wird das Umweltengagement der Akademie auch gegenüber den Gästen deutlich gemacht. Und sie sollen auch mithelfen: Beispielsweise indem sie in ihren Zimmern gebeten werden, im Winter die Fenster zu schließen, wenn sie den Raum verlassen. ■

Miriam Zerbel

Kybernetikon – ein medienpädagogisches Experiment

Vor 40 Jahren begann in der Akademie die Fortbildung von Fernsehredakteuren

In der Folge des studentischen Protests von 1968 wurde von Kulturschaffenden und Medienfachleuten zu Beginn der 1970er Jahre – wie übrigens auch heute – über Versäumnisse bzw. Defizite in der vorherrschenden Medienerziehung geklagt. So wurde 1973 vom In-

ternationalen Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen die Forderung erhoben, „dass von den verantwortlichen Stellen die medienpädagogische Interventionsbereitschaft verstärkt wird, damit die Fernsehanstalten zusammen mit interessierten kommunalen und

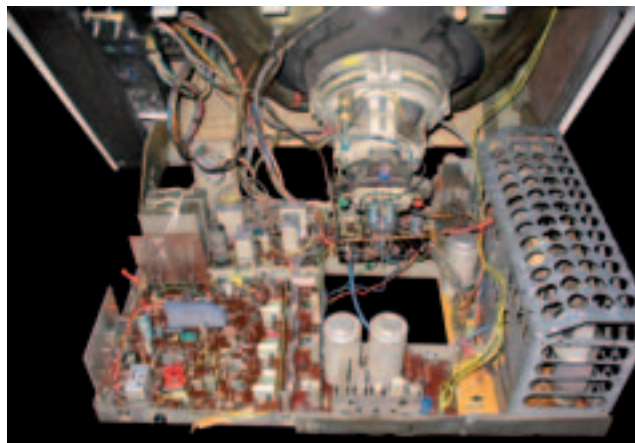
staatlichen Institutionen sowie der einschlägigen Industrie in noch größerem Umfang als bisher einer Aufgabe gerecht zu werden vermögen, deren Lösung zu den wesentlichen Voraussetzungen der Funktionsfähigkeit unserer Massendemokratie gehört.“

Zu den „interessierten Institutionen“ gehörte auch die Tutzinger Akademie, die Anfang der 1970er Jahre einen neuen inhaltlichen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Bereich Medienbildung und Kommunikation eingeführt und systematisch ausgebaut hatte. „Medienbildung“ wurde dabei als Sammelbegriff für unterschiedliche, jedoch eng verzahnte Aspekte verstanden: Zunächst als Medienkunde und Mediendidaktik in den Sinne, dass Fähigkeiten im Umgang mit diesen Informationsquellen entwickelt werden sollten. Diese Seite der Medienarbeit wurde in Tagungen mit unterschiedlichen Zielgruppen thematisiert: Darunter fallen beispielsweise Seminare für Lehrer über Fernsehnachrichten in der politischen Medienkunde, über Seminare für Geschichtslehrer zum Einsatz von Dokumentar Spielfilmen im Geschichtsunterricht bis hin zur Veranstaltung für Landfrauen über den Einfluss von Radio und Fernsehen auf Familie und Gesellschaft.

Emanzipatorische Mediennutzung

Einen weiteren Aspekt bildete die Arbeit mit Medienschaffenden selbst: Über Jahre sehr erfolgreich waren beispielsweise die von der Akademie durchgeführten Fortbildungskurse für Fernsehnachrichten-Redakteure.

Auch die Erprobung und zunehmende Verwendung audiovisueller Medien in der Tagungsarbeit der Akademie wären hier zu nennen. In diesen Kontext gehört auch die Durchführung eines neuartigen medienpädagogischen Kommunikationsmodells namens Kybernetikon. Dabei handelte es sich um



So sah des Innenlebens eines Fernsehers im Jahre 1973 aus

Foto: Graetz

den Versuch, „im Rahmen eines kybernetisch strukturierten Lehr- und Lernsystems audiovisuelle Vermittlungsmethoden anhand des Mediums Fernsehen in ihren emanzipatorischen Möglichkeiten darzustellen, zu analysieren und zu nutzen.“

Das Projekt zielte darauf ab, neue Wege formaler und inhaltlicher Medienerziehung zu erproben, mittels derer die Mediennutzer zu einem emanzipatorischen Mediengebrauch befähigt werden sollten. Dazu bediente man sich

eines neuartigen, nach dem Prinzip des kybernetischen Regelkreises gebildeten Veranstaltungssystems, in dem der Lernende nicht nur empfängt, sondern selber tätig wird und seine eigenen Aktivitäten in den Regelkreis einbringt (Rückkopplung). Das Kybernetikon bildete eine Mischung aus Ausstellung, Kongress und Workshop, aus Information, Kommunikation und Aktion und war bestimmt durch den Einsatz vielfältiger technischer Hilfsmittel.

Beim ersten Kybernetikon 1972 in Nürnberg war die Tutzinger Akademie noch in der Rolle eines Zaungastes vertreten. Sie veranstaltete aber im Frühjahr 1973 eine Auswertungskonferenz, bei der Medienpädagogen und Fernsehredakteure ihre Erfahrungen mit dem Kybernetikon 1972 austauschen und diskutieren konnten. Hingegen war die Akademie von Anfang an in die Vorbereitungen der Folgeveranstaltung von 1974 eingebunden. Diese Mitarbeit beruhte auf der medienkritischen und mediendidaktischen Zielsetzung dieses neuartigen Veranstaltungstypus und auf der Tatsache, dass seit geraumer Zeit im Bereich der Mediendidaktik enge Verbindungen zwischen der Akademie und der Bundeszentrale für politische Bildung bestanden. ■

Steffen H. Elsner

Engagierter Streiter für die politische Bildung

Siegfried Münchenbach geht in den Ruhestand

Studiendirektor Siegfried Münchenbach, lange Jahre tätig an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen, geht zum Ende des Schuljahres 2012/2013 in den Ruhestand. Zu seinem vielfältigen Wirken zählte auch die fruchtbare Zusammenarbeit mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing.

Der Name Münchenbach erscheint im Programm der Akademie für Politische Bildung zum ersten Mal im Jahr 1992. Gemeinsam mit dem Tutzinger Dozenten Jürgen Weber führte er eine Lehrerfortbildung zum Thema „Wiedervereinigung und Europäische Integration“ durch. Von diesem Zeitpunkt an prägte Münchenbach mehr als zwei Jahrzehnte in besonderem Maße die erfolgreiche Kooperation der beiden Akademien – und damit die Fortbildung bayerischer Lehrerinnen und Lehrer in den Fächern Geschichte und Sozialkunde.

Wechselseitiger Austausch

Seine langjährige Erfahrung als Geschichts- und Sozialkundelehrer am Gymnasium in Krumbach war für die Tutzinger Akademie bei der Planung vieler Veranstaltungen von unschätzbarem Wert. Zugute kam ihr dabei, dass Münchenbach den jeweiligen Lehrplan nicht als alleiniges Orientierungsmerkmal betrachtete. Er zeigte sich immer aufgeschlossen, aktuelle wissenschaftliche Debatten und Erkenntnisse einfließen zu lassen. Gerade darin und im wechselseitigen Austausch über die organisatorische Gestaltung von Lehrerseminaren lag das Potenzial der Zusammenarbeit.

Keine Frage, dass Münchenbachs gelassene und ruhige Art sowie sein freundlicher Umgang mit den Tagungsteilnehmern dieses Potenzial weiter zur Entfaltung brachten.

Gelassenheit und Feingefühl

Ein besonderes Verdienst Siegfried Münchenbachs ist es, dass er sich bei allen Diskussionen über den Fortbildungsbedarf in Sozialkunde und Ge-



Oft ein Fels in der Brandung der Lehrerfortbildung: Siegfried Münchenbach hat über 20 Jahre lang die Fortbildung der bayerischen Sozialkundelehrer geprägt

schichte nachdrücklich für die Stärkung dieser Fächer einsetzte und – selbst mit seiner zurückhaltenden Art – auch schon mal als Fels in der Brandung fungierte.

Einen besonderen Ausdruck fand sein Einsatz darin, dass Münchenbach mit der Akademie für Politische Bildung als Partner den Lehrgang zur Erlangung der Fakultas Sozialkunde für Geschichtslehrer konzipierte und mehrfach realisierte.

Nunmehr bereits in der sechsten Auflage können sie sich in sechs Wochenkursen auf die zusätzliche Staatsprüfung in Sozialkunde vorbereiten. Neben vielem anderen zeigt der Erfolg dieser Reihe Münchenbachs Feingefühl, die täglichen Herausforderungen für die Lehrkräfte im Schulalltag bei der Tagungsplanung zu berücksichtigen.

Es ließen sich weitere Aspekte aufzählen: etwa Münchenbachs Anliegen, neue Unterrichtsmethoden zu finden, wenn es darum ging, der heutigen Generation die Verbrechen des NS-Regimes nahe zu bringen; oder seine vielfältigen Kontakte, aus denen teilweise auch neue Kooperationen der Akademie für Politische Bildung entstanden.

Es zeigte sich stets, wie produktiv und angenehm die Zusammenarbeit mit Siegfried Münchenbach war – in inhaltlicher und organisatorischer, aber auch in menschlicher Hinsicht. Dafür danken wir ihm.

Wir wünschen ihm, dass er seinen Ruhestand unbeschwert genießen kann, zum

Beispiel auf Reisen und beim Gestalten von kommentierten Fotobüchern, von denen es bereits einige gibt und die sein Talent als Reiseschriftsteller bezeugen. ■

*Gero Kellermann /
Jürgen Weber*

Emil Hübner / Ursula Münch

Das politische System der USA

Eine Einführung

Beck'sche Reihe 2013, 207 S., Euro 12,95

ISBN 978-3-406-64428-3

Die bewährte Einführung in das politische System der USA von Emil Hübner liegt nun in einer von Ursula Münch vollständig überarbeiteten und aktualisierten Neuauflage vor, die auch die jüngsten Entwicklungen der Präsidentschaftswahl 2012 berücksichtigt. Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung der Vereinigten Staaten von den Urkolonien bis heute beschreibt der Band die Entwicklung des Staatsgebietes und der Immigration, den Föderalismus, die Interessenverbände, die Parteien, das Wahlsystem, die Massenmedien, die Gewaltenteilung zwischen Präsident und Kongress, das Gerichtswesen und die politische Kultur des Landes. Vergleiche mit der Bundesrepublik erleichtern das Verständnis.



Kalina, Ondrej / Matejka, Ondrej (eds.):

Vyplatí se rozumět politice?

Občanské vzdělávání –

Klíč ke svobodě a prosperitě občanů

Kalina, Ondrej / Matejka, Ondrej (Hrsg.):

Lohnt es sich, Politik zu verstehen?

Politische Bildung –

Schlüssel zur Freiheit und Wohlstand der Bürger

Praha, 2013

Politische Mündigkeit und politische Teilhabe sind die Grundlage einer jeden Demokratie und bilden mithin eine Thematik, die von zeitloser Relevanz ist. Doch wie kann eine effektive und zeitgemäße politische Bildung gewährleistet werden insbesondere in jungen bzw. wieder begründeten Demokratien? Die ersten Anläufe zur Etablierung eines Systems der allgemeinen politischen Bildung datieren nach dem Ersten Weltkrieg. So wurde etwa in der damaligen Tschechoslowakei bereits 1919 ein Gesetz über die Einrichtung von Volkskursen der politischen Bildung verabschiedet. Gleichwohl hat es das moderne Tschechien seit Ende des kommunistischen Regimes 1989 versäumt, an diese Traditionen anzuknüpfen und eine staatlich verantwortete Struktur der politischen Bildung zu begründen. Ein Desiderat, das gegenwärtig immer deutlicher wird.

Die von Ondrej Kalina gemeinsam mit Ondrej Matejka vorgelegte tschechischsprachige Publikation setzt sich mit den Herausforderungen und Chancen der politischen Bildung in und für Tschechien auseinander. Sie liefert eine Bestandsaufnahme zu den Bürgerkompetenzen, analysiert die atomisierte Landschaft der Bildungsträger und erörtert, inwiefern das deutsche System als Vorbild dienen könnte. Der Band richtet sich mit seinen Analysen und Schlussfolgerungen insbesondere an politische Amtsträger und Akteure aus der Zivilgesellschaft, ebenso aber auch an die interessierte Öffentlichkeit.



DIE RHEINPFALZ vom 27. Mai 2013:

Förderpreis für Styroporherzen

Mit selbstgemachten Herzen aus Styroporresten des Schulumbaus hatte alles angefangen. Jetzt erhält das Kuseler Gymnasium dafür einen Förderpreis. Viele Samstag bastelten die Schüler kleine Kunstwerke, die sie auf dem Kuseler Weihnachtsmarkt oder der Bundesgartenschau in Koblenz verkauften. Mit dem Erlös finanzierten sie unter anderem Bücher und Solarcooker für die Partnerschule in Ruanda. Das Projekt „Ein Herz für einen Baum in Ruanda“ wurde nun aus 300 Bewerbern als einer der Gewinner für die „Lernstatt Demokratie“ ausgewählt. Eine Ehrung der besonderen Art. „Wir bekommen keinen Preis im klassischen Sinne, also kein Geld oder etwas anderes Materielles“, erklärt Philipp Hesch die Auszeichnung durch den „Förderverein Demokratisch handeln“. Bei dem Preis gehe es vielmehr darum, den Schülern zusätzliche Qualifikation und Aufmerksamkeit zu schenken, berichtet der Oberstufenschüler.

Vom 4. bis 7. Juni wird ein Teil der Arbeitsgemeinschaft in die Tutzingener Akademie für Politische Bildung am Starnberger See fahren, um ihr Projekt Politikern und Medienvertretern zu präsentieren und an Workshops und Fortbildungen teilzunehmen. „Wir freuen uns auf die vier Tage, sind aber noch nicht sicher, wer genau hinfährt“, sagt Lukas Landoll. Wichtig sei, dass die Anregungen und die öffentliche Aufmerksamkeit dem Projekt zu Gute kämen. Denn: „Das Projekt ist nicht abgeschlossen und wird hoffentlich noch einige Schülergenerationen beschäftigen“ – so jedenfalls erhofft sich das der Initiator und Leiter der Ruanda-AG, Robert Ruth.

Charlotte Ebert im WESER KURIER vom 26. April 2013:

Schülergruppen aus Bremen für Wettbewerbsbeiträge gelobt

Nach dem Motto „Gesagt. Getan“ hat gestern zum 23. Mal die Veranstaltung „Demokratie im Unterricht, Schulleben in der Stadt Bremen“ stattgefunden. Schüler aller Schulstufen und -arten hatten sich im vergangenen Jahr kritisch und kreativ mit der Demokratie auseinandergesetzt und Beiträge für den bundesweiten Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ erarbeitet. Gestern wurden sie im Haus der Bürgerschaft geehrt. 235 Einsendungen haben die Veranstalter erhalten, 55 Beiträge werden im Juni von der politischen Akademie Tutzing ausgezeichnet, vier davon stammen aus Bremen: zwei Beiträge der Wilhelm-Focke-Oberschule, sowie

zwei Beiträge der Gesamtschule Ost. Die vier Gruppen sollen im bayerischen Tutzing im Rahmen eines Festakts im Juni von der ehemaligen Staatsministerin und Initiatorin des Programms, Hildegard Hamm-Brücher, geehrt werden.

Adrienne Körner, Regionalberaterin des Förderprogramms Demokratisch Handeln begründete die Auswahl der Siegergruppen durch eine Jury mit der „hohen Komplexität sowie ihrem vielfältigen und nachhaltigen Engagement auch außerhalb der Schule“. Sie lobte außerdem, dass die Gruppen sich teilweise Kooperationspartner wie zum Beispiel den „Europapunkt Bremen“ (EPB) gesucht hätten. ...

(siehe Bericht Seite 3)

FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 30. April 2013:

Bessere Ausbildung gegen Fälschungen gefordert

Nach der gefälschten Nachricht über einen angeblichen Anschlag auf US-Präsident Obama, die via das Twitter-Konto der Nachrichtenagentur AP verschickt worden war, fordern Journalisten eine bessere Ausbildung im Kampf gegen Fälschungen. „In Breaking-News-Situationen ist die Fülle an Bildern kaum noch beherrschbar und überprüfbar“, sagte der Leiter des RTL-Nachtjournals, Martin Gradl, am Montag bei einer Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing. „Soziale Netzwerke sollten Recherche-Tools, aber keine Nachrichtenquelle sein.“ Journalisten müssten im Umgang damit besser geschult wer-

den. Der stellvertretende Leiter der ZDF-„heute“-Redaktion, Wolfgang Voigt, schloss sich dem an. Nach seinen Angaben werden allein aus Syrien rund 1000 Amateurvideos pro Tag angeboten. Ihre Glaubwürdigkeit lasse sich unter anderem mittels Schwarmintelligenz überprüfen. Dazu gehöre der Grundsatz: „Bilder nicht exklusiv haben wollen, sondern zur Diskussion stellen.“ Der Zweite Chefredakteur von ARD-Aktuell, Thomas Hinrichs, sagte, angesichts von Millionen Bloggern und Twittern seien gute, kritische Journalisten weiterhin gefragt. (dpa)

(siehe Bericht Seite 10)

Willi Winkler in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 24. Juni 2013:

Die vielen Schatten des Antisemitismus

Als im Herbst 2010 „Das Amt“ erschien, ... konnte das Lese- und Nachrichtenpublikum gar nicht groß genug über solche Offenbarungen staunen. Dabei brachte die Studie, 2005 vom damaligen Außenminister Joschka Fischer in Auftrag gegeben, im wesentlichen durch eine Reihe von nur im Kleingedruckten genannten Historikern recherchiert und verfasst, von dem Literaturagenten Thomas Karlauf redigiert, von Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann herausgegeben, wenig Neues.

Wer sich von der Kampagne gegen das Buch nicht hatte abschrecken lassen, konnte das meiste bereits 1987 der Arbeit „Das Auswärtige Amt im

Dritten Reich“ von Hans-Jürgen Döschner entnehmen. Schließlich war beispielsweise der ältere Weizsäcker bereits 1949 im Wilhelmstraßenprozess, so genannt nach dem Standort des deutschen Außenministeriums, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden.

Trotzdem erhob sich bald strenge Kritik. Die Autoren argumentierten zu pauschal, sie kriminalisierten einen ganzen Berufsstand, und niemals dürfe man dem Außenministerium, wie es der Mitherausgeber Conze tat, den aus dem Streit um die Wehrmacht bekannten Schimpftitel einer „verbrecherischen Organisation“ verleihen. Und Fehler seien gemacht worden, so viele Fehler! ...

Eine Tagung der Politischen Akademie in Tutzing brachte am Wochenende zwei der vier Herausgeber mit etlichen ihrer schärfsten Kritiker zusammen. Zu seinem größten Bedauern kann der Chronist keine nennenswerten Ehrenhändel, keine Duellforderung und nicht einmal das ange-täuschte Ertränken eines Gegners im Starnberger See melden. In den Referaten wurde so fleißig quantifiziert, rekapituliert und historisiert, dass der Hinweis von Georges-Henri Soutou von der Sorbonne fast untergegangen wäre: dass nämlich das französische Außenministerium ein vergleichbares Werk niemals in Auftrag gegeben hätte. ...

(siehe Bericht Seite 24)

Georg Schedereit in der TIROLER TAGESZEITUNG vom 3. Juni 2013

Populismus: Von der Wortkeule zum Fiebermesser

... Hat es einen Sinn, Populisten zu vergleichen als eine Familie von (Zeit-) Geistverwandten? Ja, wenn man Populismus nüchtern und differenziert als Gefahr verstehen will, aber gleichzeitig auch als Korrektiv für unsere Mediendemokratien, als Spiegel und Stimulanz unserer Problemlösungskompetenz. Das ist eine Folgerung aus der Tagung „Das Phänomen Populismus. Eine internationale Bestandsaufnahme“, die an der überparteilichen Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See stattfand, mit den Populismusforschern Frank Decker, Florian Hartleb, Reinhard C. Heinisch, Nikolaus Wertz, Stefan Köppl, Alexander Kühne, Markus Wilp, Patrick Ziegenhain und Ondrej Kalina.

Anderen gilt „Populismus“ bis heute nur als eine jener widerwärtigen Wortkeulen, mit denen Wahlkämpfer auf-

einander einprügeln, nicht ernsthaft zu vertiefen, da polemisch wertgeladen und schwammig, nur vorübergehenden Protest beschreibend.

Aber inzwischen haben sich in Europa zu viele Populismen konsolidiert, als dass man ihnen mit intellektuellem Hochmut beikäme. Seit den 70er Jahren (Dänemark, Norwegen, Schweiz, Belgien) haben Populisten bei immer mehr Wahlen zweistellige Prozentanteile erzielt, sogar hohe Regierungsämter bekleidet (Ungarn, Italien, Österreich, Niederlande), aber vor allem aus der Opposition heraus (von Griechenland über Großbritannien, Finnland, Schweden bis nach Südtirol) oft eine Art Themenführerschaft übernommen – und auch sonst genügend Gemeinsamkeiten aufgewiesen, um mindestens drei Verallgemeinerungen außer Streit zu stellen:

1. Populismus als Wortkeule bringt keinen Erkenntnisgewinn.
2. Einen Populismus gibt es nicht. Es gibt viele Populismen.
3. Populismen als Fiebermesser für Demokratien verstehen hilft vorbeugen.
4. Der gemeinsame Kern von Populismen ist eher ideologisch als stilistisch.

Nur bei diesem vierten Punkt muss man sich aus südlicher Sicht dem Grundkonsens der Forscher in Tutzing nicht vorbehaltlos anschließen. Denn der unerhörte Erfolg sehr unterschiedlicher italienischer Populisten der letzten 20 Jahre ... hat relativ wenig mit Ideologiesubstanz zu tun, hingegen viel mit Kommunikationsstil und mit den entsprechenden Produktionsmitteln. ...

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

S e p t e m b e r

36-2 2. – 5. September

Tutzingen Sommerakademie: **Die Zukunft der Europäischen Währungsunion**

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

36-3* 2. – 4. September

Tutzingen Schülerforum: **Politischer Extremismus – Gefährdung der Demokratie**

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus
mit Unterstützung der Heinz-Nixdorf-Stiftung

Leitung: Jörg Siegmund

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

37-3 9. – 13. September

Aufgespießt und zugespitzt

Kommentar, Leitartikel, Glosse und Rezension

Schreibwerkstatt mit Peter Linden

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

37-6 9. – 10. September

Forum der Generationen – demografischen Wandel gestalten

Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund / Robert Lohmann

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

37-1 13. – 15. September

Tutzingen Sommerakademie: **Orient und Okzident – Konkurrenz der Kulturen**

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Anja Opitz / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-1* 16. – 18. September

Colonialism, Decolonization and Post-Colonial Historical Perspectives

In Kooperation mit der Internationalen Gesellschaft für Geschichtsdidaktik

Leitung: Michael Mayer / Susanne Popp

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

38-3 17. – 19. September

Potentiale erschließen und Konflikte verhindern:

Ein neuer Umgang mit knappen Ressourcen

In Kooperation mit dem Verband des Landwirtschaftlich-Technischen Dienstes in Bayern

Leitung: Anja Opitz / Jochen Veith

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

39-1* 23. – 27. September

Politischer Extremismus – Gefährdung der Demokratie

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

39-2* 23. – 27. September
Bevölkerungsentwicklung in Deutschland
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Ondrej Kalina
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

39-3 27. – 28. September
Fachjournalismus heute
Grundfragen – Entwicklung – Ausbildung
In Kooperation mit dem Landesverband Hessen des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) und dem Bayerischen Journalisten-Verband (BJV)
Leitung: Michael Schröder / Siegfried Quandt
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

39-4* 28. September – 4. Oktober
Philosophie vor Ort: Sizilien
In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München
Leitung: Michael Spieker / Peter Schmidbauer
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

40-1* 30. September – 2. Oktober
South East Africa: From Africa's Elite to Africa's Poor
In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München
Leitung: Anja Opitz / Gabriele Rigó-Titze
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

40-2* 30. September – 2. Oktober
Tutzingen Schülerforum: Die deutsche Wiedervereinigung
Leitung: Michael Mayer
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

O k t o b e r

40-3* 2. – 5. Oktober
Tutzingen Nachwuchsakademie: **Der „neue Mensch“ im Totalitarismus**
In Kooperation mit dem Max-Weber-Programm des Freistaats Bayern
Leitung: Ondrej Kalina
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

41-1* 7. – 11. Oktober
Internationale Akademie: **Säkularität, Post-Konfessionalität, Religiosität in Südosteuropa**
52. Internationale Hochschulwoche in Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft München
Leitung: Wolfgang Quaisser / Wolfgang Höpken
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

42-1* 14. – 18. Oktober

Fakultas Sozialkunde: Politische Systeme

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

6. Sequenz / 1. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / N.N.

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

42-2* 14. – 18. Oktober

Klimawandel – Herausforderungen an Politik und Gesellschaft

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Ondrej Kalina

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

42-4 18. Oktober

Kultur in der Akademie: Tutzingener Kulturnacht 2013

Dirk Heiße: Literatinnen und Literaten am Starnberger See – erlesene Fundstücke

Leitung: Michael Schröder / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

Beginn: 20.00 Uhr, Eintritt frei

42-3 18. – 20. Oktober

Föderalismus in Deutschland: Perspektiven für den Bundesstaat

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

43-11* 21. Oktober

Überzeugen(d) im Netz – Kommunalpolitik und Social Media

in Zusammenarbeit mit dem MedienCampus Bayern

Leitung: Ursula Münch / Michael Schröder / Markus Kaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

43-1* 21. – 25. Oktober

Sozialkunde, Sozialwissenschaftliche Arbeitsfelder, Sozialpraktische Grundbildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / N.N.

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

43-6* 23. – 25. Oktober

Zwischen Braindrain und Armutsflucht

EU-Zuwanderung und ihre Folgen für Großstädte

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Kooperation in der interkulturellen Arbeit (AKIA) München

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

43-2 25. – 27. Oktober

Klima – Konflikte – Konsequenzen

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Anja Opitz / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

N o v e m b e r

45-1* 4. – 8. November

Medien und Politik im Wahljahr 2013

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

45-2* 4. – 8. November

Jugend und Recht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Oliver Laqua

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

45-3 8. – 9. November

Partizipative Stadt- und Regionalentwicklung

Leitung: Ursula Münch / Ondrej Kalina

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

46-4 11. – 12. November

Gelingende Lebensführung durch Bildung

In Kooperation mit dem Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

46-5 12. – 14. November

Die große Freiheit im Alter?

In Kooperation mit dem Deutschen Berufsverband Soziale Arbeit und der Landesseniorenvertretung Bayern

Leitung: Michael Spieker / Ulrike Faust / Hanka Schmitt-Luginger

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-5346-2

46-2 14. – 15. November

Deutschland zwischen parlamentarischer Repräsentation und sozialen Bewegungen

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP)

Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

46-1 15. – 16. November

Standortbestimmung Deutschland

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP)

Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

46-3 16. November

Flexible Arbeitswelt: Schaffen wir die Arbeit oder schafft sie uns?

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Außentagung in Schweinfurt

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

47-3* 18. – 21. November

Tutzingen Schülerforum: Nahost-Region

Leitung: Michael Ingber / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

47-4* 18. – 20. November

Videoüberwachung – Mehr Sicherheit, weniger Privatsphäre?

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

47-2 22. – 23. November

Grenzenlos: Rechtsextremismus als internationales Phänomen

Vernetzungen – Strategien – Gegenmaßnahmen

In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Gerd Rudel

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

47-6 22. – 24. November

Jugend – Medien – Wahlen

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern

der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Leitung: Michael Schröder / Armin Scherb

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Außentagung auf Schloss Schney (Lichtenfels) – erhöhte Tagungsgebühr

48-1* 25. – 29. November

Great Britain Update – Recent Changes in Politics, Society and Culture

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Anja Opitz / Gerhard Finster

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

48-2* 25. – 29. November

Grundlagen und Glaubensrichtungen des Islam

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Angelika Klemenz-Klebl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

48-3 29. November – 1. Dezember

Entscheidungen und Perspektiven: Das Wahljahr 2013

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.

Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

Internet: www.apb-tutzing.de

www.facebook.com/APBTutzing, www.twitter.com/APBTutzing

www.youtube.com/APBTutzing

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Dezember

49-5 2. – 4. Dezember

Nachhaltiges Regieren in modernen Demokratien

Leitung: Jörg Siegmund

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

49-4 5. – 6. Dezember

Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

49-1 6. – 8. Dezember

Tutzinger Mediendialog:

Live dabei – Echtzeitjournalismus im Multi-Media-Zeitalter

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Michael Schröder / Axel Schwanebeck

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

50-1* 9. – 13. Dezember

Fakultas Sozialkunde: Internationale Politik

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

5. Sequenz / 3. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Anja Opitz / Evelin Mederle

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-2* 9. – 13. Dezember

Das Wahljahr 2013

Analyse – Bilanz – Ausblick

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Barbara Keppeler

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-4* 13. – 15. Dezember

IsarMUN 2013: Model United Nations

In Kooperation mit der Ludwig-Maximilians-Universität München

Leitung: Anja Opitz

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Renate Heinz

(Sekretariat der Direktorin)

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck

H.Schenck@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Alexandra Tatum-Nickolay

A.Tatum-Nickolay@apb-tutzing.de

Simone Zschiegner

S.Zschiegner@apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch referierte im Rahmen einer Veranstaltung der Fachschaft Politikwissenschaft der Universität Erlangen über „Perspektiven für Politologen“ und sprach vor dem Bayerischen Bauernverband zum Thema „Politische Arbeit erfolgreich gestalten – heute und morgen“. Im Rahmen des Rottendorf-Symposiums „Zukunft der Demokratie“ an der Hochschule für Philosophie München hielt sie einen Vortrag über „Vielfalt der Demokratie und innergesellschaftlicher Zusammenhalt“. Anlässlich der Mitgliederversammlung des Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie trug sie vor zum Thema „Der Anspruch an die Europäische Idee ... und wie sieht die Wirklichkeit aus?“. Im Rahmen der Wissenschaftlichen Tagung „20 Jahre nach der deutschen Asylrechtsreform: Niedergang oder Transformation des Flüchtlingsschutzes“ in Berlin referierte sie zur „Asylpolitik unter dem Eindruck steigender Asylbewerberzahlen – Asylgewährung in den 1980er und 1990er Jahren“.

KURATORIUM

Paul Rieger, Kirchenrat i.R., ist im Alter von 85 Jahren verstorben. Der frühere Direktor der Evangelischen Akademie war von 1989 bis 2001 Mitglied des Kuratoriums. Unsere Akademie verdankt ihm viele wertvolle Impulse für ihre Arbeit. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und trauern mit seiner Familie.

VERWALTUNG

Sigrid Lang ist seit dem 1. Juli die neue Mitarbeiterin an der Rezeption der Akademie. Die ausgebildete Bankkauffrau stammt aus Schleswig-Holstein und lebt seit 1989 in Bayern. Zuvor hat sie unter anderem bei der Sparkasse Weilheim, im Büro von Peter Maffay, im Seminarhaus Gut Kerschlach und am Empfang der Evangelischen Akademie gearbeitet. An ihrer neuen Aufgabe freut sie besonders, dass sie „mittendrin, und nicht nur dabei ist“.

KOLLEGIUM

Dr. Ondrej Kalina sprach anlässlich der Konferenz „Institutionalisierung der politischen Bildung und der politischen Partizipation“ in Seoul, Südkorea, zum Thema „Infrastruktur, Aufgaben und Rollenverständnis der Träger der politischen Bildung in Deutschland“ und nahm ebendort am Expertengespräch über „Moderne Formen politischer Bildungsarbeit“ teil. In Cadenabbia, Italien, hielt er Vorträge zum „Stand der Bürgerkompetenzen in Deutschland und Tschechien“ sowie über „Das System der politischen Bildung in Deutschland und Tschechien“.

Dr. Gero Kellermann sprach auf dem Symposium anlässlich des 70. Geburtstags des Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Jörg-Detlef Kühne (Leibniz Universität Hannover) in Hannover über „Staatsbürgerliche Bildung im Recht – Historische Formen und aktuelle Projekte“.

Dr. Michael Mayer sprach im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus zum Thema „Aufarbeitung von Vergangenheit und deren Nutzen für die politische Bildung – Die Debatte um das auswärtige Amt im Dritten Reich“.

Dr. Anja Opitz hielt im Rahmen der Tagung „Gesellschaften im Umbruch: Frauen in Nordafrika“ an der Akademie einen Vortrag zum Thema „Der politische und gesellschaftliche Wandel in Nordafrika“. Sie ist zudem Mitbegründerin der Middle East and International Affairs Research Group (MEIA Research), deren Ziel die Stärkung der Kommunikation und des gegenseitigen Verständnisses zwischen Europa und den Ländern des Mittleren Ostens, Nordafrikas und der Golfregion durch Forschung und Dialogforen ist.

Dr. Michael Spieker trug in Obermarchtal über „Politische Bildung bei Platon“ vor. In Dortmund hielt er einen Vortrag über den Begriff der Sozialen Gerechtigkeit und in Freiburg sprach er über „Freiheit bei Kant“. In Regensburg, Plattling und Kempten moderierte er Veranstaltungen über die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.